

INHALTSVERZEICHNIS

POLITIK	3
ÖSTERREICH	3
<i>Sitzung der NÖ Landesregierung</i>	3
<i>EU-Erweiterung: Gewerkschaftspräsidenten berieten Strategien</i>	3
<i>Sitzung der NÖ-Landesregierung</i>	3
<i>NÖ Landtagsdelegation in Südmähren</i>	3
<i>Internationale Europakonferenz im Rathaus von Eggenburg</i>	4
TSCHECHIEN	4
<i>Die oberösterreichischen Politiker wollen beginnen, Tschechisch zu lernen</i>	4
<i>Die Bürgermeister fürchten die EU nicht, sie werden den EU-Beitritt gemeinsam mit den Österreichern feiern</i>	4
<i>Der Vorsitzende vom Euroregion: unsere Beziehung zu den Tschechen war schon besser</i>	5
<i>An 9 Orten wird das Grenzgebiet verändert</i>	5
<i>Euroregion ist bemüht, die Eröffnung von weiteren Grenzübergängen zu erreichen</i>	5
HUMANRESSOURCEN	6
ÖSTERREICH	6
<i>Neue Internetplattform über EU-Förderungen</i>	6
SLOWAKEI	6
<i>Informationen über die EU werden auf 120 Standorten präsentiert</i>	6
TSCHECHIEN	6
<i>Den Wettkampf haben die Österreicher gewonnen</i>	6
<i>Österreichische Sucher plündern die Fundstätte</i>	6
<i>Die Kinder fahren zu den Nachbarn, um ihr Deutsch zu verbessern</i>	7
UNGARN	7
<i>Hilfe, die Ungarn kommen!</i>	7
<i>Frauenbüro in Bratislava</i>	7
<i>Ungarns IT-Infrastruktur mittelmäßig</i>	7
<i>EU unterstützt Ungarischkurse in Finnland</i>	7
LANDWIRTSCHAFT	8
ÖSTERREICH	8
<i>SAPARD: Erfolgreicher Strukturumbau</i>	8
EU-FÖRDERPROGRAMME	9
ÖSTERREICH	9
<i>Kommission schlägt neue Partnerschaft für den Zusammenhalt in der erweiterten Union vor</i>	9
<i>Fonds zum Schutz österreichischer Feuchtgebiete ausgeschrieben</i>	10
<i>Kleinprojektfonds für grenzüberschreitende Projekte mit Tschechien</i>	11
UNGARN	11
<i>Zwölf Milliarden Euro für neue EU-Mitgliedsstaaten</i>	11
<i>Regierung harmonisiert Agrar-Förderrichtlinien</i>	11
<i>Ungarn hat Angst vor dem Verlust von EU- Milliarden</i>	11
VERKEHR	12
TSCHECHIEN	12
<i>Die Bahn des 4. Korridors wird Krumau er öffnet</i>	12
SLOWAKEI	12
<i>Wirtschaftsraum Wien-Bratislava</i>	12

<i>Bis 2006 sollen durch die Slowakei 347 km Autobahn führen</i>	12
UNGARN	12
<i>Ungarn: Beliebte Vier-Tages-Vignette wird wieder eingeführt</i>	12
<i>Regionalflughafen bei Győr</i>	13
UMWELT	14
ÖSTERREICH	14
<i>Energiebericht 2002</i>	14
<i>Die österreichischen Nationalparks waren auch 2003 auf Erfolgskurs</i>	14
<i>Umweltfreundliche Abfalltransportlogistik der NÖ Abfallverbände und der BAWU</i>	15
SLOWAKEI	15
<i>Zwölf Prozent werden Schutzgebiet</i>	15
<i>EU-Projekt soll Slowaken über Gefahr von Atomkraftwerken aufklären</i>	15
<i>In Skalité entsteht das zweite Windkraftwerk</i>	15
<i>Geringe Nutzung von Biomasse in der Slowakei</i>	16
UNGARN	16
<i>Möglichkeiten für biologische Landwirtschaft in Ungarn</i>	16
<i>Ungarisch-slowakisches Umweltschutzportal</i>	16
WIRTSCHAFT	17
ÖSTERREICH	17
<i>EU-Erweiterung: Einkaufstourismus bei Medikamenten befürchtet</i>	17
<i>Marke "Waldviertel" entwickelt sich gut</i>	17
<i>Wiener Städtische expandiert weiter in Osteuropa</i>	17
<i>Zwei Jahre Automotiv Cluster Vienna Region</i>	17
<i>Investitionen in Osteuropa: Bilanz -und Bewertungsrisiken</i>	18
<i>Bartenstein in Slowenien: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit intensivieren</i>	18
SLOWAKEI	19
<i>Arcelor kommt nach Záhorie</i>	19
<i>Slowakei bald fünftgrößter Autoproduzent der Welt</i>	19
<i>Samsung bereitet in Galanta Fernsehproduktion vor</i>	19
<i>Süßigkeiten kommen nach Bratislava</i>	19
UNGARN	19
<i>Henkell&Söhnlein - erfolgreicher Schritt auf dem slowakischen Markt</i>	20
<i>Gemeinsame Firmendatenbank Slowakei-Ungarn</i>	20
<i>Ungarn: Schutzmarke "Magor"</i>	20
<i>Ungarn sind gute Kunden im Burgenland</i>	20
<i>Steuererleichterung von fünf Milliarden Forint für Foxconn</i>	20
REGIONALENTWICKLUNG	21
ÖSTERREICH	21
<i>25 neue Regionalisierungsprojekte</i>	21
<i>Zusammenarbeit mit östlichen Nachbarn</i>	21
<i>Beratung im Interkommunalen Zentrum Groß-Siegharts</i>	21
<i>Niederösterreich ist auf dem Weg nach Europa</i>	21
TOURISMUS	22
ÖSTERREICH	22
<i>EU-Erweiterung: Die Chance nützen</i>	22
<i>Zweiländer-Ausstellung in den Stiften Geras und Nová Rise</i>	22
TSCHECHIEN	22
<i>Reisen in den Süden werden einfacher sein</i>	22

Politik

Österreich

Sitzung der NÖ Landesregierung

St. Pölten (NLK) - Die NÖ Landesregierung unter Vorsitz von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll fasste heute u.a. folgende Beschlüsse:

> Der Agrarmarkt Austria wird ein Betrag in der Höhe von 226.000 Euro zur Durchführung von Förderungsmaßnahmen überwiesen. Mit diesem Betrag soll ein Beitrag zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft geleistet werden.

> Die Nationalpark Donau-Auen GmbH erhält für die Errichtung und den Betrieb des Nationalparks vom Land Niederösterreich als Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2004 eine Zuwendung in der Höhe von 746.625,43 Euro.

> Ebenso erhält die Nationalpark Thayatal GmbH für die Errichtung und den Betrieb des Nationalparks vom Land Niederösterreich als Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2004 eine Zuwendung in der Höhe von 368.130 Euro.

> Die Österreichische Bundesforste AG, Forstbetrieb Waidhofen an der Ybbs, erhält für 2004 aus Mitteln des Naturschutzes für das Naturschutzgebiet Hundsau eine Entschädigung in der Höhe von 112.303,62 Euro.

Quelle: OTS, 10.Feb 2004

EU-Erweiterung: Gewerkschaftspräsidenten berieten Strategien

Interregionale Gewerkschaftsräte sollen Grenzregionen auf den EU-Beitritt Tschechiens vorbereiten

Wien (ÖGB). Die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit zwischen dem ÖGB und dem Tschechisch-Mährischen Gewerkschaftsbund (CM KOS), vor allem im Hinblick auf den bevorstehenden EU-Beitritt Tschechiens am 1. Mai 2004, stand heute, Donnerstag, im Mittelpunkt eines Arbeitsgespräches zwischen der von Milan Stech, Präsident des Tschechisch-Mährischen Gewerkschaftsbundes (CM KOS), angeführten Präsidiumsdelegation und dem ÖGB. Bei dem Gespräch, an dem seitens des ÖGB neben Präsident Fritz Verzetnitsch, die Leitende Sekretärin, Roswitha Bachner, und Gewerkschaftsvertreter aus den ÖGB-Landesorganisationen Niederösterreich und Oberösterreich teilnahmen, wurden Strategien einer weiteren verbesserten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und die Gründung Interregionaler Gewerkschaftsräte, die, wie beide Seiten betonten, "auf gutem Wege seien", beraten. Sowohl die VertreterInnen von CM KOS als auch vom ÖGB betonten, dass schon bisher eine sehr gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen dem ÖGB-Niederösterreich und Südmähren und dem ÖGB-Oberösterreich und Südböhmen bestehe. Der bevorstehende Beitritt Tschechiens zur EU, stellt aber die Grenzregionen vor neue Herausforderungen. Dabei geht es vor allem darum, die Bezirke beiderseits der Grenzen bestmöglich auf den EU-Beitritt vorzubereiten. Verzetnitsch: "Wichtig ist dabei der Schutz der ArbeitnehmerInnen in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen."

Quelle: OTS, 05.Feb 2004

Sitzung der NÖ-Landesregierung

St. Pölten (NLK) - Die NÖ Landesregierung unter Vorsitz von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll fasste heute u.a. folgende Beschlüsse:

> Dem Verein Frauenberatung Zwettl wurde für das Projekt "telm@4 - Frauen in Telekommunikation und Informatik" für das Jahr 2003/2004 ein Zuschuss aus Mitteln des Arbeitnehmerförderungsfonds in der Höhe bis zu 126.000 Euro gewährt. Mit diesem Lehrgang für arbeitslose Frauen im Waldviertel soll der Zugang zu neuen Berufsfeldern und zukunftsweisenden Arbeitsplätzen erleichtert werden.

> Genehmigt wurde auch die Förderung des Projekts "BAER - Building a European Region" zum Aufbau einer wettbewerbsfähigen Region im Erweiterungsraum der Europäischen Union in der Höhe von 500.000 Euro.

> Im Rahmen der Umsetzung der EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER+ wurde die Förderung des Projekts "Zukunftspanorama Auland Carnuntum" in der Höhe von 118.976 Euro genehmigt. Durch eine breit angelegte Bürgerbeteiligungsaktion soll der Regionalentwicklungsplan der LEADER+ Region Auland Carnuntum angepasst bzw. weiter entwickelt werden.

Quelle: OTS, 13.Jän 2004

NÖ Landtagsdelegation in Südmähren

Präsident Freibauer lud zur Intensivierung der Kontakte ein

St. Pölten (NLK) - Eine Delegation des NÖ Landtages unter der Führung des Präsidenten Mag. Edmund Freibauer sowie des 2. Präsidenten Ewald Sacher und des 3. Präsidenten Ing. Hans Penz besuchte Montag und Dienstag dieser Woche, 12. und 13. Jänner, den Kreis Südmähren. Gegenstand des Besuchs war ein Informationsaustausch über die Aufgaben des NÖ Landesparlaments und des erst im Jahre 1997 neugeschaffenen Kreisparlaments Südmährens im Hinblick auf den mit 1. Mai 2004 stattfindenden Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union. Es wurden insbesondere Fragen des Umweltschutzes, der Gesundheitsvorsorge und des Fremdenverkehrs erörtert.

Freibauer überbrachte dem Südmährischen Kreishauptmann Dipl.-Ing. Stanislav Juránek dabei auch die Grüße von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und sprach eine Einladung an die politischen Vertreter in Brünn aus, die Kontakte zu intensivieren. Dies ist nach den noch heute stattfindenden Kreiswahlen geplant.

Die politische Spitze des an Niederösterreich angrenzenden, rittgrößten Kreises des nördlichen Nachbarstaates besteht aus einem arlamentarischen Gremium, dem Landtag vergleichbar, mit 65 Mitgliedern und einem 11-köpfigen Rat mit Kreishauptmann Juránek an der Spitze. Der Kreis Südmähren umfasst 600 Gemeinden.

Im Hinblick auf den EU-Beitritt halten beide Seiten gemeinsame Aktivitäten Südmährens, Niederösterreichs und der Westslowakei für zielführend. Auf kommunaler Ebene bestanden bereits in der Vergangenheit gute Kontakte. Die NÖ Delegation bestand weiters aus Vertretern aller vier Landtagsparteien: den Landtagsabgeordneten Franz Hiller, Mag. Karl Wilfing, Hermann Findeis und Mag. Thomas Ram sowie Bundesrätin Elisabeth Kerschbaum.

Quelle: OTS, 14.Jän 2004

Internationale Europakonferenz im Rathaus von Eggenburg

"Erweiterung als menschlicher Wiederaufbau Europas"

St. Pölten (NLK) - Unter dem Titel "Quo vadis Integration? - Erweiterung als menschlicher Wiederaufbau Europas" findet von Donnerstag, 22. Jänner, bis Samstag, 24. Jänner, im Rathaus von Eggenburg eine internationale Europakonferenz statt. Die Konferenz stellt gleichzeitig die Auftaktveranstaltung zur Gründung der "Europäischen Akademie für Lebensforschung, Integration und Zivilgesellschaft" (EALIZ) dar. Als Mitveranstalterin tritt die "Österreichische Gesellschaft für Europapolitik" in Erscheinung.

Im Zuge der Europakonferenz werden Botschafter sämtlicher Erweiterungsländer, Mitglieder des EU-Parlaments, Vertreter der Europäischen Kommission, des Landes Niederösterreich und der Zivilgesellschaft sowie internationale Experten zum Thema referieren. An jedem der drei Konferenztage werden überdies Diskussionsrunden abgehalten. Der erste Veranstaltungstag, der von 14 bis 20.30 Uhr stattfindet, steht unter den Schlagworten "Integration – Regionalität - Interregionalität". Am zweiten Konferenztag (9.30 bis 20.30 Uhr) liegt der Schwerpunkt auf dem Thema "Integration Österreich - Europäische Union - Erweiterungsländer". Am Samstag stehen schließlich die "Wissenschaftlichen Dimensionen der Erweiterung im Kontext der EALIZ" samt Schlussklärung und Ausblick auf der Tagesordnung. An diesem Tag beginnt die Konferenz um 9 und endet um 16 Uhr. Alle Vorträge werden in deutscher Sprache gehalten. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos, eine Anmeldung allerdings erforderlich.

Quelle: OTS, 20.Jän 2004

Tschechien

Die oberösterreichischen Politiker wollen beginnen, Tschechisch zu lernen

Die Politiker des Bundeslandes Oberösterreich, das an Südböhmen grenzt, werden sozusagen die Schulbänke drücken, um einen Kurs der umgangssprachlichen tschechischen Sprache zu absolvieren. Dabei sollen keine politischen Phrasen unterrichtet werden, es soll sich nur um sog. „touristisches Tschechisch“ handeln – d.h. die Begrüßung und Verabschiedung, Höflichkeitswendungen und praktische Sätze, wie z.B. „Was gibt es zum Essen?“ Die Kurse werden vorerst nur von ÖVP und Grünen – Politikern besucht, schrieb die Presseagentur APA.

Der Anfängerkurs wird in 4 eintägige Semester eingeteilt und wird von einem Schulungszentrum aus Linz gesichert. Die Kurse sind dann für die Wochenenden von März bis April geplant. Die Teilnehmer bekommen bei den Kursen einen CD-ROM mit dem Tschechischkurs, „damit sie die gewonnenen Fähigkeiten auch zu Hause wiederholen und üben können“. Als eine zweite Variante werden die Lektionen der tschechischen Sprache via Internet vorgesehen, die den Vorteil haben, dass sie individuell durchgeführt werden können. Dieser Kurs beginnt am 19. April und einen CD-ROM bekommen die Teilnehmer auch. Die Aktion ist eine Vorbereitung auf den EU-Beitritt Tschechiens am 1. Mai und sie soll den oberösterreichischen Politikern ermöglichen, „die Kommunikation mit ihren nördlichen Nachbarn in deren Muttersprache zu führen“.

Quelle: 4. Februar 2004, Mladá Fronta Dnes

Die Bürgermeister fürchten die EU nicht, sie werden den EU-Beitritt gemeinsam mit den Österreichern feiern

Die Angst vor dem EU-Beitritt Tschechiens, zu dem es am 1.Mai kommt, hat Alois Adam, der Bürgermeister der Gemeinde Dešné im Grenzgebiet in der Nähe von Dačice nicht. „Ich persönlich begrüße es, obwohl ich am Anfang einige Probleme erwarte,“ sagte er. „Unter den Leuten ist ein bisschen Panik, aber dasselbe haben wir bei unseren österreichischen Nachbarn gesehen, als sie der EU beigetreten sind.“ In der Nacht zum 1. Mai werden die Tschechen und Österreicher gemeinsam an der Grenze Hexen verbrennen und den Beitritt feiern. Die freie Bewegung der Personen und die Möglichkeit, in offenem Europa arbeiten zu können, wird laut des Bürgermeisters Novosedly nad Nežárkou Filip Mencl keinesfalls die Migration in den Westen bedeuten. „Sie sollten aber jeden einzelnen Bürger fragen. Ich persönlich habe nichts Ähnliches vor, sowie meine Ehefrau,“ gab er an. Seiner Meinung nach bringt die Mitgliedschaft in der EU ein höheres Interesse der Touristen am tschechischen Land. Die Gemeinde Novosedly wird in einer dreisprachigen Broschüre präsentiert, die sich mit dem Gebiet von Třeboň

befasst. Größere Veränderungen, die etwas Schlechteres bringen könnten, erwartet auch der Bürgermeister von Jarošov nicht. „Die Arbeitslosigkeit ist so wie sie ist. Die Firmen befürchten das Weggehen der Arbeiter nicht, umgekehrt, sie wünschen sich solche Arbeiter, die arbeiten wollen,“ teilte Vaněček mit.

Quelle: 30. Jänner 2004, Listy Jindřichohradecka

Der Vorsitzende vom Euroregion: unsere Beziehung zu den Tschechen war schon besser

Bei der Feier des 10-jährigen Jubiläums vom Euroregion Bayerischer Wald- Böhmerwald am 13. Februar wird der Vorsitzende Alfred Obermüller, der Bürgermeister von Neumarkt, die Funktion aufgeben. Sie wird von ihm schon seit der Gründung ausgeübt – noch vor dem EU-Beitritt Österreichs. Im Interview für das Linzer Tagblatt OÖ-Rundschau hat er sich u.a. beklagt, dass sie in unzähligen persönlichen Gesprächen bemüht waren, die Grenzen in den Köpfen der Leute zu beseitigen, aber dass „die Beziehung zu dem Nachbarn in Tschechien besser waren (als heute)“. Temelin bedeutete die Wende. „Ich bin der letzte, der dafür stimmen würde,“ sagt Obermüller. „Aber nur an der Grenze zu stehen, und Blockade machen, das bringt nichts. In der Vergangenheit waren die Tschechen doch die begabten Techniker und die Österreicher die Beamten, daran erinnern sich die Leute stets. Die Kritik tut dann doppelt so weh. Man darf aber die Geduld nicht verlieren....“

Quelle: 10. Dezember 2003, Listy Jindřichohradecka

An 9 Orten wird das Grenzgebiet verändert

Die Tschechische Republik und Österreich tauschen einander das Gebiet in der Größe von mehr als 42.000 m², das sich an der Grenze befindet. Mehrheitlich liegt das Gebiet in Südböhmen. Der Grund für die Veränderung ist in den Wasserflüssen, die neue Betten suchen und auf diese Weise die Grenze ändern. „Die Staatsgrenze wird oft durch die Naturhindernisse gebildet, wie z.B. Wasserflüsse. Ab und zu ändern diese ihre Betten,“ erklärte Jiří Hájek aus der Presseabteilung des Innenministeriums. Deshalb tauschen beide Staaten die Teile von ihren Gebieten so, dass das der Ausmaß von beiden Gebieten erhalten bleibt. „Es handelt sich nur um technische Angelegenheiten,“ gab der Innenminister Stanislav Gross an.

Insgesamt wird das Gebiet der Republik an 10 Orten ausgewechselt, neun Stellen davon befinden sich im Südböhmen – z. B. bei Nová Bystřice, in Přední Výtoň oder bei Loučovice im Bezirk Krumau.

Das größte Gebiet, über 35.000 m², wird bei Dolní Dvořiště ausgetauscht. „Es handelt sich um das Gebiet gegenüber Leopoldschlag bei Cetviny. Dort wurde der Fluss Malše reguliert. Bei diesen Arbeiten geriet ein Teil unseres Gebietes auf das österreichische Gebiet und umgekehrt. Das ist die Angelegenheit, die seit 20 Jahren dauert,“ gab der Bürgermeister von Dolní Dvořiště Emil Růžička an. Eine der Orte, wo die Grenz wegen des Privatbesitzes verschoben wird, ist Guglwald – Přední Výtoň. Die Garagen in Guglwald stehen teilweise auf dem tschechischen Gebiet, das der Gemeinde Přední Výtoň angehört. Dank dem Gebietswechsel werden sie die österreichischen Besitzer nicht beseitigen müssen. „Dieses wirtschaftliche Gebäude, oder Garage, gehörte bestimmt nicht zu den Hauptgründen, warum es zum Wechsel kommt. Sobald der Vertrag in Kraft tritt, werden 42.422 m² getauscht.“

Den 10. Dezember 2003, Mladá Fronta Dnes

Euroregion ist bemüht, die Eröffnung von weiteren Grenzübergängen zu erreichen

4 südböhmische und 5 niederösterreichische Bezirke befinden sich seit einem Jahr im Euroregion Silva Nortica. Sie haben sich vorgenommen, die Beziehungen und Zusammenarbeit an beiden Seiten der Grenze zu stärken, weiter zu entwickeln und die Euroregion gemeinsam zu präsentieren. Die Benennung „Silva Nortica“ ist eine historische Bezeichnung dieses Gebietes und bedeutet Der nördliche Wald. Auf dem Gebieten der Landwirtschaft, der Wirtschaft, des Fremdenverkehrs, der Infrastruktur, Arbeit, Qualifizierung und Ausbildung und Umwelt wurden laut des Geschäftsführers der tschechischen Seite Pavel Hložek Facharbeitsgruppen festgesetzt. Zur Zeit bereiten wir das Projekt „Willkommen Nachbarn“ vor, das sich z.B. in Österreich um tschechische Speisekarten, um die Eröffnung von neuen Grenzübergängen oder um die Herausgabe einer gemeinsamen touristischen Karte bemüht. In der letzten Woche wurde eine Publikation von dem Fotografen Jiří Tiller herausgegeben, die das Grenzgebiet präsentiert.

Quelle: 11. Dezember 2003, Listy Jindřichohradecka

Humanressourcen

Österreich

Neue Internetplattform über EU-Förderungen

Niederösterreich Vorreiter in ganz Europa

St. Pölten (NLK) - Basis für den Erfolg der in 99 Tagen vollzogenen EU-Erweiterung sei die Akzeptanz derselben in der Bevölkerung, sagte heute Landesrätin Mag. Johanna Mikl-Leitner bei der Präsentation der neuen Internetplattform www.eu-foerderungen.at in St. Pölten. Die neue, von der NÖ Landesakademie erstellte Homepage biete für Vereine, Organisationen, Institutionen, Unternehmen und Einzelpersonen umfassende Informationen über 100 Fördermöglichkeiten auf EU-Ebene in einfacher und leicht verständlicher Form. Für Niederösterreich stünde in der Programmplanungsperiode bis 2006 ein EU-Fördertopf in der Höhe von 230 Millionen Euro zur Verfügung, so Mikl-Leitner weiter. Mit einem Ausschöpfungsgrad von mehr als 60 Prozent liege Niederösterreich an der Spitze. Jetzt gehe es darum, weiter jede Möglichkeit zu nutzen und keine Chance auszulassen. Es gelte weiterhin, dass "kein Cent in Brüssel" liegen bleiben dürfe.

Quelle: OTS Fr, 23.Jän 2004

Slowakei

Informationen über die EU werden auf 120 Standorten präsentiert

KOŠICE – Alle Informationen über die EU – von Arbeitsmöglichkeiten bis Strukturfonds – werden etwa 120 Informationsstützpunkte in der gesamten Slowakei bieten. Das Informationssystem hat am 1. Februar die Tätigkeit aufgenommen. Es bietet Informationen aus den Bereichen Wirtschaft, Landwirtschaft, Regionalentwicklung und Aufbau, Arbeit, Soziales, Schulwesen und Umwelt. In den Informationsbereichen Landwirtschaft, Regionalentwicklung, KMU und manchen anderen sind auch Musterprojekte bzw. Musteranträge erhältlich.

Quelle: www.sme.sk, 07.02.04

Tschechien

Den Wettkampf haben die Österreicher gewonnen

Zum ersten Mal hat in der zehnjährigen Geschichte der internationalen Meisterschaft der Armeeteams in Mehrkampf Winter Survival, das am Montag in Jeseniky stattgefunden hat, das ausländische Team gewonnen. Der Sieg gehört dem Team aus Österreich. Die Österreicher sind als Lehrer in der Schule für Bergleiter und Bergretter tätig. An der zweiten Stelle war das Team aus der Armeekademie in Brün. Die Bronzenmedaillen erhielten dann die Angehörigen der tschechischen Armeepolizei.

Quelle: Jänner 2004, Mladá Fronta Dnes

Österreichische Sucher plündern die Fundstätte

Neben der legalen Geschenke schenkten sich viele Österreicher im Vorjahr zu Weihnachten „gestohlene Funde“, wie die wertvollen historischen Gegenstände, die in der Erde mit der Hilfe von Metalldetektor gesucht werden, genannt werden. Langsam verschwinden so römische Münzen, keltische Kultgegenstände, aber auch Relikte des zweiten Weltkriegs, einschl. der angeblichen Goldschätze der Nationalsozialisten. Mit den Detektoren an jene Orte, wo es möglich wäre, die archeologischen Sehenswürdigkeiten zu finden, zu gehen und zu suchen, das war bis jetzt eher in östlichen Teilen Österreichs üblich. Nun ist diese Tätigkeit auch in westlichen Teilen des Landes zu bemerken und z.B. für das Bundesland Salzburg stellt es eine Katastrophe dar, schrieb die Presseagentur APA, und hat auf die Archeologen verwiesen. „In den Wälder und zu den verlassen Orten gehen nicht nur Laien, sondern auch völlig professionelle Schätzensucher. Sie durchsuchen und aus der Sicht der wissenschaftlichen Erkenntnis, plündern nicht nur die bekannten archeologischen Orte, manchmal auch die ganz unbekannt, von denen offizielle Archeologie bis jetzt nicht gewusst hat,“ sagte der Salzburger Archeologe Raimund Kastler. Die Sucher konzentrieren sich auch auf die Lokalitäten, wo früher prunkvolle Häuser der Beamten des römischen Reiches gestanden haben und auf das Gebiet von Dürrenberg bei Hallein, wo sich 600 Jahre vor Christ eine Ortschaft von ein paar keltischen Familien befunden hatte. Sie vermeiden auch den Tauglwald bei Kuchl nicht, wo die Waffen am Ende des zweiten Weltkriegs eine der letzten Wehrmachttruppen schnell los war. „Die heimischen Leute sagen uns, dass an den regnerischen Tagen streifen dort bis 10 Leute mit den Detektoren durch,“ gibt Kastler noch dazu. Das größte Problem entsteht, wenn sich die Sucher auf antische Antiquitäten konzentrieren und suchen einige Fundstätten noch vor Archeologen durch. „Wir sind dann gezwungen, schnell vorläufige Ausgrabungen in umfangreichen Lokalitäten durchzuführen, um das Plündern auf diese Weise aufzuhalten,“ beschwert sich der Direktor des Keltischen Museums in Hallein Kurt Zeller. Laut seiner Worte kommen viele

Sucher aus Bayern. So wie bei den österreichischen „Dieben“ ist es auch bei den bayerischen sehr schwierig, sie zu ertappen, obwohl die Besitzer der Grundstücke, die darauf aufmerksam gemacht wurden, sind einverstanden, mit dem Museum zusammenzuarbeiten, „ihre“ Grundstücke zu überwachen und die Verdächtigung gleich anzumelden. „Unsere einzige wirkliche Chance ist es, die Informationen über die festgestellten archeologischen Lokalitäten streng geheim zu halten, bevor wir sie selbst durchsuchen werden,“ seufzt Zeller.

Quelle: 12. Jänner 2004, Mladá Fronta Dnes

Die Kinder fahren zu den Nachbarn, um ihr Deutsch zu verbessern

Die Grundschule in Dešné nutzt die Nähe der Grenze zu Österreich für den Deutschunterricht. Einmal pro Woche schicken sie mit dem Bus ungefähr 14 Kinder aus der dritten und vierten Klasse in die österreichische Gemeinde Grossau, damit sie dort ihr Deutsch üben können. Dešná liegt ungefähr 8 Kilometer von der Grenze entfernt, in die Gemeinde Grossau sind es noch 3,5 Kilometer. „Für den Busverkehr bekamen wir Geld aus dem europäischen Fonds Phare im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Schulen im Sprachunterricht,“ gab der Schuldirektor Radomír Štěpnička an. Die Schüler aus Dešná besuchen die Volksschule in Grossau für 2 Stunden pro Woche. Sprachkenntnisse zu erwerben versucht dort auch der 9-jährige Jan Hric, der zu Hause eine Interessengemeinschaft der deutschen Sprache besucht. „Etwas von der deutschen Sprache kann ich schon. Der Unterricht in Österreich ist eine gute Sache, wir können auf diese Weise nämlich viel lernen. Ich denke, dass ich mich ganz gut verständigen kann,“ sagte der Schüler.

Quelle: 13. Jänner 2004, Mladá Fronta Dnes

Ungarn

Hilfe, die Ungarn kommen!

So lautete der Titel der Ausstellung, die von 6. bis 15. Februar 2004 im Minoritenkloster Tulln zu bewundern war. Der Verein für internationalen Kulturaustausch „Vivat Europa“ organisierte diese Erlebnisschau im Rahmen des EU-Kulturprojekts „Lernen wir einander besser kennen“ gemeinsam mit der Stadtgemeinde Tulln. Besucher, Veranstalter und Presse waren in höchstem Maße von den informativen und unterhaltsamen Darbietungen beeindruckt. Ziel dieser Veranstaltung war die Förderung des Europa-Gedankens und der Zusammengehörigkeit mit Hilfe von Infotainment-Veranstaltungen, welche den Bürger nachhaltig informieren, Vorurteile abbauen helfen und auf die neuen „Familienmitglieder“ neugierig machen sollen. Neben Ungarn ist daher auch die Präsentation aller anderen EU-Beitrittsländer geplant. Wesentlichen Bestandteil des Programms bildete die aktive Beteiligung der Besucher. So wurde den Schulen und Interessenten eine heitere Geschichtsstunde mit authentischer Wiedergabe von Sitten und Gebräuchen eines asiatischen Reitervolkes präsentiert. Spezialitäten der ungarischen Küche mit ungarischen Weinen und ein Literarisches Café mit köstlichen Mehlspeisen und nostalgischer Musikbegleitung rundeten das Programm ab. Auch historisches Handwerk lud zum Mitmachen ein.

Quelle: www.netteam.at – Februar 04

Frauenbüro in Bratislava

Nachdem Gewalt gegen Frauen in der slowakischen Hauptstadt lange Zeit kein Thema war, wurde im Pressburger Rathaus, nach Wiener Vorbild, ein Büro für Frauen in Not errichtet. Dies gab die Wiener Stadträtin Rena Brauner bekannt.

Quelle: ORF-Wien, Jänner 2004

Ungarns IT-Infrastruktur mittelmäßig

Ungarn ist in der Beurteilung seiner IT-Infrastruktur von der Economist Intelligence Unit vom 29. auf den 30. Platz gefallen. Unter anderem wurden neben der allgemeinen Verbreitung des Internets auch die Regierungsbemühungen in diesem Bereich und der Internetzugang bei Firmen bewertet. Positiv erwähnt wurden die staatlichen Initiativen zur Senkung der Internet-Kosten und die Web-Präsenz vieler Institutionen. Ungarn steht immer noch besser da als die meisten anderen Staaten Ostmitteleuropas, lediglich Tschechien schnitt auf Platz 29 besser ab. An der Spitze steht Schweden, gefolgt von Kanada, den USA und Finnland.

Quelle: Budapest Zeitung – 23. Jänner 04

EU unterstützt Ungarischkurse in Finnland

In über 30 finnischen Städten, sowie in Estland werden regelmäßig ungarische Sprachkurse im Rahmen des Aktionsprogramms Socrates-Lingua 2 der Europäischen Union veranstaltet. Für das Gemeinschaftsprojekt mit der Bezeichnung www.survival.hu bewarben sich folgende Institutionen: Finnisch-Ungarische Gesellschaft, Verband der finnischen Abendschulen, Freie Universität der finnischen Stadt Kuusankoski, Estnisch-Ungarische Gesellschaft, Universität von Szeged.

Quelle: MTI – November 03

Landwirtschaft

Österreich

SAPARD: Erfolgreicher Strukturumbau

SAPARD ist das beitragsvorbereitende Instrumente in den Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Anders als bei den beiden anderen Heranführungshilfen PHARE und ISPA, ist hier allein die Behörde des jeweiligen Landes für die Verwaltung der Gelder verantwortlich bei den Strukturfonds in den Mitgliedstaaten. Der Aufbau von Strukturen für die Verwaltung der SAPARD - Gelder war folgerichtig von entscheidender Bedeutung für die Ausschüttung der Gelder- und gleichzeitig eine gute Vorbereitung auf die Verwaltung der Strukturfonds nach dem Beitritt (siehe EUropalInfo 9102 S.7). Der insgesamt dritte Jahresbericht der Europäischen Kommission zu SAPARD wurde am 7.10.2003 vorgelegt und befasst sich mit dem Jahr 2002 und einigen Entwicklungen von 2003. Demnach wurde die Verwaltung der Beihilfen im ersten Halbjahr 2002 an Tschechien, die Slowakei, Polen und Rumänien abgegeben, im November 2002 wurde dieser Prozess mit der Übertragung der Verwaltung an Ungarn abgeschlossen. Dadurch haben die Zahlungen im Rahmen von SAPARD - insbesondere die Zahlungen an die Endbegünstigten -im Jahr 2002 deutlich zugenommen, im letzten Quartal 2002 überstiegen sie 20 Mio. €. Ende 2002 waren bereits 2.160 für Projekte ausgestellt worden, Ende Juni 2003 lag diese Zahl bei über 7.000.

Nach dem Beitritt werden viele Empfängerländer die für SAPARD aufgebauten Strukturen für die Strukturfondsverwaltung unverändert weiternutzen oder zumindest einen Teil davon erhalten.

Quelle: Jahresbericht http://europa.eu.int./comm/agriculture/publi/reports/sapard20021/full_de.pdf

EU-Förderprogramme

Österreich

Kommission schlägt neue Partnerschaft für den Zusammenhalt in der erweiterten Union vor

Die Europäische Kommission hat heute den dritten Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt vorgelegt, in der sie ihre Vorstellungen von der Kohäsionspolitik in einer erweiterten Union im Zeitraum 2007-2013 erläutert. Die Vorschläge folgen denjenigen von vergangener Woche über den künftigen Haushalt der Union, der ein Paket von 336 Mrd. EUR für die Kohäsionspolitik umfasst. Der Bericht enthält konkrete Empfehlungen, wie diese Mittel eingesetzt werden sollten, um das wirtschaftliche Gefälle zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen zu verringern und ein rascheres Wachstum und eine nachhaltigere Entwicklung zu erreichen. Der Bericht wird die Grundlage für die Erörterungen innerhalb und außerhalb der europäischen Organe über die Zukunft dieses wichtigen Politikbereichs bilden. Anlässlich der Präsentation des Berichts erklärte der für Regionalpolitik und institutionelle Reform zuständige Kommissar Michel Barnier: „Die Union sieht sich in der kommenden Zeit zahlreichen Herausforderungen gegenüber: das Aufkommen von neuen Technologien, der sich beschleunigende wirtschaftliche Wandel, die Einwanderung in unsere Städte von außerhalb der Union. Hinzu kommt, dass sich unsere Wirtschaftsleistung in den letzten Jahren abgeschwächt hat. Europa muss auf diese Situation eine Antwort finden. Wir müssen alle Regionen und ihre Menschen in die Anstrengungen zur Schaffung von Wohlstand einbeziehen. Und genau darum geht es in diesem Vorschlag: die Disparitäten verringern, um das Wachstum zu beschleunigen. Wachstum und Zusammenhalt sind zwei Seiten derselben Medaille.“ Weiter erklärte er: "Wir stehen vor einem historischen Moment in der Entwicklung der Europäischen Union: vor der Wiedervereinigung unseres Kontinents. Hierdurch wird sich aber die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößern. Unterstützung für die ärmsten Regionen wird die oberste Priorität für die nächste Generation von europäischen Förderprogrammen sein. Wengleich die meisten der ärmsten Regionen in den neuen Mitgliedstaaten liegen, müssen wir weiterhin auch die Regionen in den fünfzehn alten Mitgliedstaaten unterstützen, die den Aufholprozess noch nicht abgeschlossen haben, ebenso wie zahlreiche andere im Niedergang begriffene städtische Gebiete, Industriegebiete oder Gebiete mit ständigen natürlichen Benachteiligungen, in denen weiterhin ernste wirtschaftliche und soziale Probleme herrschen." Im Anschluss an den Kommissionsvorschlag für den Haushalt für den Zeitraum 2007-2013 und als Vorbereitung für einen Vorschlag für einen neuen Rechtsrahmen für die Strukturfonds, der später in diesem Jahr vorgelegt werden soll, werden im dritten Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt die Eckdaten und ein neuer politischer Entwurf für die Kohäsionspolitik in der erweiterten Union dargestellt.

Der Bericht umfasst vier Teile:

Zusammenhalt, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Wachstum aktuelle Lage und Tendenzen. Wie aus der Analyse hervorgeht, sind die innerhalb der Europäischen Union bestehenden Disparitäten in bezug auf Einkommen und Beschäftigung in den letzten zehn Jahren, insbesondere seit Mitte der 90er Jahre schwächer geworden. Dennoch bestehen zwischen den ärmsten Regionen und dem Rest der Union weiterhin beträchtliche Unterschiede, zu deren Abbau langfristige Anstrengungen erforderlich sind.

Auswirkungen der Politik der Mitgliedstaaten auf den Zusammenhalt. Die öffentlichen Ausgaben in den Mitgliedstaaten liegen im Schnitt bei 47% des BIP und damit weit über dem Haushalt der Union, der nur etwas über 1% des BIP der EU beträgt, wovon weniger als die Hälfte auf die Kohäsionspolitik entfällt. Die Mitgliedstaaten sind in erster Linie für die Erbringung von grundlegenden Dienstleistungen und für die Einkommensstützung verantwortlich. Trotz ihres relativ geringen Umfangs im Vergleich zu den nationalen öffentlichen Ausgaben spielt die Kohäsionspolitik der EU eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der Disparitäten, da ihr Schwerpunkt auf Investitionen und den weniger entwickelten Regionen liegt.

Auswirkungen der Gemeinschaftspolitik: Wettbewerbsfähigkeit und Zusammenhalt. Die verschiedenen Gemeinschaftspolitiken (Umwelt, Binnenmarkt, Landwirtschaft, Wettbewerb und staatliche Beihilfen) können die Effizienz der Kohäsionspolitik verstärken, indem sie den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Gegebenheiten ausdrücklich Rechnung tragen. Wie der Bericht zeigt, ist dies immer mehr auch der Fall. Hierzu gehören auch das zunehmende Gewicht, das der Entwicklung des ländlichen Raums innerhalb der GAP eingeräumt wird, die steigende Bedeutung, die den Leistungen der Daseinsvorsorge im Rahmen der Netzwerkpolitik zukommt, und anderes mehr. „Der heutige Bericht zeigt, dass dem Zusammenhalt im kommenden Zeitraum innerhalb der neuen, vereinfachten Politik zur ländlichen Entwicklung eine Schlüsselrolle zukommen sollte“, erklärte der für Landwirtschaft, Fischerei und ländliche Entwicklung zuständige Kommissar Franz Fischler.

Auswirkungen und zusätzlicher Nutzen der Strukturpolitik. Die europäischen Programme haben direkt zur Förderung der regionalen Konvergenz und Beschäftigung beigetragen. So bewirkt diese Politik im Zeitraum 2000-2006 eine Erhöhung des Kapitalstocks um etwa 3% in Spanien, um bis zu 9% in Griechenland und Portugal, um 7% im italienischen Mezzogiorno und um 4% in den neuen deutschen Bundesländern. Das Ergebnis ist eine erhebliche Verringerung der Disparitäten in Schlüsselsektoren wie dem Verkehr, wo z.B. die Autobahndichte in den ärmsten der 15 derzeitigen Mitgliedstaaten jetzt leicht über derjenigen im Rest der Union liegt.

Schlussfolgerungen und Vorschläge

Die Kommission schlägt für die Kohäsionspolitik eine neue Architektur vor, die in drei große Prioritäten gegliedert ist:

Konvergenz: Förderung von Wachstum und Beschäftigung in den rückständigsten Mitgliedstaaten und Regionen. Dieses Ziel wird in erster Linie die Regionen betreffen, deren Pro-Kopf-BIP weniger als 75% des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt. Zugleich wird eine befristete Unterstützung für die Regionen vorgeschlagen, deren Pro-Kopf-BIP unter 75 % des für die EU-15 berechneten Gemeinschaftsdurchschnitts liegen würde (so genannter statistischer Effekt). Hauptthemen der kofinanzierten nationalen und regionalen Programme wären die Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, der Ausbau und die Modernisierung der Basisinfrastruktur, der Schutz der Umwelt, der Ausbau der Verwaltungskapazität, die Verbesserung der Qualität der Arbeitsverwaltungen, Bildungs- und Ausbildungssysteme und der Ausbau des Humankapitals. Darüber hinaus wären diejenigen Mitgliedstaaten, deren Pro-Kopf-BIP weniger als 90% des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt⁴, im Rahmen des Kohäsionsfonds förderfähig, aus dem weiterhin Programme in den Bereichen Verkehr und Umwelt finanziert werden.

Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung: Vorwegnahme und Förderung des Wandels. Das Hauptziel der Kohäsionspolitik außerhalb der rückständigsten Mitgliedstaaten und Regionen würde in zweierlei bestehen. Zum einen würde die Kohäsionspolitik im Rahmen regionaler Programme den Regionen und Regionalbehörden dabei helfen, den wirtschaftlichen Wandel in den industriellen, städtischen und ländlichen Gebieten zu antizipieren und voranzutreiben, indem unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Disparitäten die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität dieser Gebiete gestärkt wird.

Zum anderen würde die Kohäsionspolitik in Übereinstimmung mit den politischen Prioritäten der Europäischen Beschäftigungsstrategie im Rahmen nationaler Programme durch Maßnahmen zur Förderung von Vollbeschäftigung, Arbeitsplatzqualität, Arbeitsproduktivität und sozialer Integration den Menschen helfen, die wirtschaftliche Entwicklung zu antizipieren und sich an sie anzupassen. „Damit kann die Europäische Beschäftigungsstrategie überall durchgeführt werden, eine unabdingbare Voraussetzung, wenn die Union wieder mehr Beschäftigung, eine bessere Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität, einen stärkeren sozialen Zusammenhalt und mehr Chancengleichheit erreichen will“, erklärte die für Beschäftigung und Soziales zuständige Kommissarin Anna Diamantopoulou.

Europäische territoriale Zusammenarbeit: Förderung einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung der Union. Aufbauend auf den Erfahrungen mit der Initiative INTERREG⁵ wird im Bericht empfohlen, weiterhin eine harmonische und ausgewogene Integration der Union zu fördern, indem die Zusammenarbeit auf grenzübergreifender und transnationaler Ebene gefördert wird. Die grenzübergreifende Zusammenarbeit würde im Prinzip alle Regionen entlang der Außen- und Binnengrenzen (Land- und Küstengrenzen⁶) betreffen. Hauptziel ist es, benachbarten Gebietskörperschaften dabei zu helfen, gemeinsame Probleme, die z.B. die Entwicklung von städtischen, ländlichen und Küstengebieten, die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen und die Förderung von KMU-Netzen betreffen, gemeinsam zu lösen.

Die Grundsätze des Durchführungssystems für die Kohäsionspolitik wie strategische Planung, dezentrale Verwaltung, systematische Begleitung und Bewertung werden beibehalten. Zugleich werden im Bericht wichtige Änderungen vorgeschlagen, darunter ein neuer Dialog mit dem Rat, durch den die Anpassung der Kohäsionspolitik an die Prioritäten im Rahmen der Lissabon- und der Göteborg-Strategie sichergestellt werden soll. Die europäischen Organe würden alljährlich auf der Grundlage eines Berichts der Kommission, der die Fortschrittsberichte der Mitgliedstaaten zusammenfasst, die Fortschritte bei den strategischen Prioritäten und die Ergebnisse untersuchen.

In Bezug auf die finanziellen Mittel für den Zeitraum 2007-2013 wird vorgeschlagen, einen Betrag in Höhe von 336,3 Mrd. EUR oder 0,41% des Bruttovolkseinkommens der Union (0,43% vor den Transfers auf die Instrumente für ländliche Entwicklung und Fischerei) für die Kohäsionspolitik bereitzustellen. Nach derzeitigen Schätzungen würden etwa 78% dieses Betrags auf die Priorität „Konvergenz“, rund 18% auf die Priorität „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ und ungefähr 4% auf die Priorität „Europäischer territorialer Zusammenhalt“ entfallen.

Quelle: Brüssel, 18.02.04

Vollständiger Bericht: http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/cohesion3_de.htm

Fonds zum Schutz österreichischer Feuchtgebiete ausgeschrieben

"Verbund" stellt insgesamt 130.000 Euro zur Verfügung

St. Pölten (NLK) - Im Jahr 2002 wurde von Naturschutzbund, Lebensministerium und den Österreichischen Bundesforsten die Initiative "Wasserleben" gestartet. Ziel dieser Initiative ist der Schutz der Feuchtgebiete in Österreich. Der Naturschutzbund hat diesbezüglich insgesamt 13 Schutzziele formuliert. Zu diesen zählen unter anderen Artenschutzmaßnahmen, Gewässervernetzung, naturnaher Hochwasserschutz, Renaturierung und Grundlagenforschung. Unterstützt wird die Initiative auch von allen neun Bundesländern und den Landwirtschaftskammern. Kürzlich ist es dem Naturschutzbund gelungen, auch den "Verbund" zur Mitarbeit zu motivieren. Anlässlich des Weltfeuchtgebietstages am vergangenen Montag präsentierten Naturschutzbund und "Verbund" nun ihren gemeinsam eingerichteten "Wasserleben-Fonds". Über diesen sollen - gemäß den 13

formulierten Schutzziele - Maßnahmen und Projekte zum Schutz von Wasserlebensräumen unterstützt und realisiert werden. Der "Verbund" stellt pro zu erreichendem Ziel bzw. Projekt maximal 10.000 Euro zur Verfügung, wodurch der Fonds mit insgesamt 130.000 Euro dotiert ist.

Eine Bewerbung steht prinzipiell jedermann offen, der mit einem Projekt wirksam zum Feuchtgebietsschutz in Österreich beiträgt. Hauptzielgruppe sind aber Vereine und Organisationen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Förderung regionaler Initiativen.

Einsendeschluss für eine Bewerbung ist am 31. August 2004.

Quelle: OTS Fr, 06.Feb 2004

Kleinprojektfonds für grenzüberschreitende Projekte mit Tschechien

Förderungen können beantragt werden

St. Pölten (NLK) - Vereine und Personengruppen, die ein grenzüberschreitendes Vorhaben mit tschechischen Partnern planen, haben die Chance, Förderungen aus dem dafür geschaffenen INTERREG IIIA-Kleinprojektfonds zu beantragen. Bis zu 50 Prozent der Kosten, maximal 4.000 Euro, können dabei ausgeschöpft werden. Die Gesamtkosten des eingereichten Projekts sollen allerdings 8.700 Euro nicht wesentlich überschreiten. Nächster Einreichtermin beim Regionalmanagement NÖ Mitte-West ist der 16. Februar 2004.

Gesucht werden für das Programm INTERREG IIIA ausschließlich Projekte mit tschechischen Partnern, die der soziokulturellen Zusammenarbeit, dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch und dem Kennenlernen durch gemeinsame Veranstaltungen dienen. Nicht gefördert werden Veranstaltungen, die keinen grenzüberschreitenden Bezug haben, rein infrastrukturelle Vorhaben, Betriebskooperationen oder Projektstudien.

Der Antrag muss vor der Projektdurchführung gestellt werden. Antragsberechtigt sind Gemeinden, die Mitglied bei den Regionalen Entwicklungsverbänden NÖ-Mitte oder NÖ-West sind, bzw. Projektwerber aus diesen Gemeinden.

Quelle: OTS Fr, 30.Jän 2004

Ungarn

Zwölf Milliarden Euro für neue EU-Mitgliedsstaaten

Brüssel bewilligte am Mittwoch ein Gesamtpaket von zwölf Milliarden Euro für die zehn Beitrittsstaaten. Die EU erklärte, dass für die neuen Mitgliedsstaaten eine größere Summe zur Verfügung steht, da im Haushalt weitere 11,8 Milliarden Euro vorhanden sind. Berichte über die Vorbereitung zum Beitritt warnten, dass Ungarn die vollständige Summe aus den Fonds nicht erhalten könne, bis entsprechende Agrarreformen durchgeführt worden seien, die die Inanspruchnahme der EU-Hilfen für die Bauern ermöglichen.

Quelle: Budapester Zeitung – 06. Februar 04)

Regierung harmonisiert Agrar-Förderrichtlinien

Das Ungarische Kabinett hat am Mittwoch eine Harmonisierung der nationalen und EU-Agrarförderungen angenommen. Regierungssprecher Zoltán J. Gál teilte mit, dass dieser Schritt die Inanspruchnahme der Fördermittel wesentlich erleichtere. Auf einer Konferenz am selben Tag teilte Landwirtschaftsminister Imre Németh mit, dass die Regierung die Ansprüche der Bauern und Lebensmittelbetriebe in Kürze befriedigen wird können. Mit Hilfe des so genannten einheitlichen Regionalförderprogramms der EU könnten zudem ab 2006 auch jene Agrargebiete gefördert werden, die in der EU keine Unterstützung bekommen, zum Beispiel der Wein- und Obstbau.

Quelle: Budapester Zeitung - 16.01.2004

Ungarn hat Angst vor dem Verlust von EU- Milliarden

Zwischen 2004 und 2006 soll Ungarn drei Milliarden Euro an Subventionen aus dem Kohäsions- und Strukturfonds der EU erhalten. Romano Prodi, Präsident der EU-Kommission, und Ministerpräsident Péter Medgyessy gaben im ungarischen Parlament offiziell den Startschuss für die EU-Ausschreibungen. Ungarn erhält nach Polen, das 8,3 Milliarden Euro bekommt, die zweitgrößte Förderung aller Beitrittsländer. Die Landesregierung und die EU geben in diesem Jahr 280 Milliarden Forint für Entwicklungsvorhaben in Ungarn aus, von denen 108 Milliarden die Regierung trägt und die EU rund 172 Milliarden aus den Töpfen der Programme Phare, Ispa und Sapard plus den Operativen Programmen zahlt. Gleichzeitig aber gilt das Land als Schlusslicht, wenn es darum geht, die Papiere einzureichen, die zum Schreiben der Förderanträge nötig sind. Grund dafür ist das komplexe EU-Fördersystem, lediglich 1500 Menschen, Firmen und Organisationen sind in Ungarn in der Lage, Anträge zu schreiben. Eine weitere Hürde stellt die Eigenbeteiligung dar. Firmen müssten 50 bis 60 Prozent der gesamten Projektkosten aus eigener Kasse zahlen, Vereine und Organisationen 30 bis 50 Prozent und Kommunen 10 Prozent.

Quelle: Budapester Zeitung – 19. Jänner 04

Verkehr

Tschechien

Die Bahn des 4. Korridors wird Krumau er öffnet

Eine direkte Verbindung der Stadt Krumau durch den 4. Bahnhofskorridor mit Prag und Linz würde künftig den inländischen und ausländischen Besuchern den Zugang der touristisch attraktiven Stadt sehr vereinfachen. Der Korridor auf der Strecke Prag-Budweis soll gegen das Jahr 2010 fertig sein. Der Bahnhofabschnitt, der aus Budweis nach Horní Dvořiště und weiter dann an die Grenze an Österreich führt, ist für die neue Eisenbahnstrecke ungenügend. Für die weitere Führung des Korridors nach Linz wird es deshalb nötig sein, eine neue Eisenbahnstrecke zu finden. Es wird über die sog. Kapliz- und Krumauer Variante nachgedacht. Mit der Arbeit könnte im Jahr 2012 begonnen werden. Die Projektkosten sollen bei 10 Mld. Kronen liegen. Der Bürgermeister von Krumau František Mikeš würde die zweite Variante begrüßen. „60% der Aktivitäten der Stadt ist mit dem Fremdenverkehr verbunden. Das Problem besteht darin, dass die Stadt sich außer der Hauptverkehrsstrecken befindet. Durch die Autos, die zu uns kommen, wird der Verkehr oft kompliziert. Die Nähe der Eisenbahn, die durch ganz Europa führen würde, würde die Situation bestimmt erleichtern und könnte noch weitere Touristen zu uns anlocken, vor allem die Amerikaner und Japaner, die gewöhnt sind, mit dem Flugzeug und dann mit dem Zug zu reisen,“ erklärt er.

Quelle: 4. Dezember 2003, Listy Jindřichohradecka

Slowakei

Wirtschaftsraum Wien-Bratislava

Wien und Bratislava sollen enger zusammenwachsen und einen gemeinsamen Wirtschaftsraum bilden. Das haben die Wirtschaftskammern der beiden Städte vereinbart. Gemeinsame Bewerbung bei EU-geförderten Projekten, abgestimmte Marketingkonzepte und Qualifikationen bei Unternehmen und Mitarbeitern: So soll eine "europäische Zukunftsregion" entstehen. Christoph Leitl und Peter Mihok, die nationalen Kammerpräsidenten, betonten das ehrgeizige Ziel, in zehn Jahren die stärkste Wirtschaftsregion der Welt zu schaffen. Bis es soweit ist, müssten aber noch einige Lücken geschlossen werden. "Das einzige, das uns trennt, sind 17 Kilometer", sagte er in Anspielung auf die bestehende Autobahnücke der A6. Es sei eine Schande, dass diese 13 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht geschlossen sei. Auch die Zugverbindungen müssten beschleunigt werden. Der Präsident der Wiener Wirtschaftskammer, Walter Netti, sagte, Wiener Betriebe hätten bisher mehr als 500 Mio. Euro in der Slowakei investiert. Viele Betriebe konnten den Standort Wien durch ihr Engagement in der Slowakei absichern. 80 Prozent der Betriebe stünden nun der EU-Erweiterung positiv gegenüber. Probleme durch die EU-Erweiterung sieht Mihok vor allem auf slowakische Klein- und Mittelbetriebe zukommen. Viele glaubten, sie seien davon nicht betroffen und hingen deshalb mit der Umstellung und Anpassung zurück.

Quelle: ORF Wien – 19.02.04

Bis 2006 sollen durch die Slowakei 347 km Autobahn führen

BRATISLAVA – Bis 2006 sollte das Autobahnnetz in der Slowakei um 35 km auf insgesamt 347 km anwachsen. Schnellstraßen sollten bis 2006 nach dem aktuellen Projekt um 19,3 km auf 109,3 km ausgebaut werden. Die Einhaltung des Zahlplanes könnte noch die Verweigerung einer Mitarbeit seitens privater Investoren in dem erwarteten Umfang, sowie eine geringe Akzeptanz der Strecken, die für die Finanzierung aus den Fonds der EU vorgesehen sind, und mögliche Fragen in den eigentumsrechtlichen Angelegenheiten der betroffenen Grundstücke verzögern. Mit Hilfe privater Unterstützung möchte der Minister eine Autobahnverbindung Bratislava und Košice über Žilina bis spätestens 2010 fertig stellen. Ohne private Investitionen würden dieses Vorhaben 17 Jahre in Anspruch nehmen.

Quelle: www.sme.sk, 30.01.04

Ungarn

Ungarn: Beliebte Vier-Tages-Vignette wird wieder eingeführt

Seit 1. Dezember 2003 ist die Vier-Tages-Vignette, die es erstmalig in diesem Sommer gab, wieder erhältlich. Sie kostet jetzt 970 Forint. Zwischen Mai und Oktober 2004 wird sie 1270 Forint kosten. Mit der erneuten Einführung der kurzzeitig abgeschafften Kurzzeitvignette hat sich Wirtschafts- und Verkehrsminister István Csillag dem nachdrücklichen Wunsch der ungarischen Kraftfahrer nach langem Zögern gebeugt.

Quelle: Budapest Zeitung – 05. Jänner 04

Regionalflughafen bei Győr

Mit dem EU-Beitritt Ungarns ist der Wegfall einer Reihe von Beschränkungen und wesentliche Erleichterungen im Flugverkehr zu erwarten. Angesichts dieser Aussichten lud die Betreibergesellschaft des Flughafens Pér bei Győr zu einem Forum ein, auf dem Touristikfachleute, Hoteliers und Vertreter von Reisebüros und Chartergesellschaften geladen waren. Der kleine Regional-Airport im geographischen Dreieck Wien-Bratislava-Budapest erlebt zurzeit einen kräftigen Aufschwung. Der Flugplatz Pér liegt 15 Kilometer von der nordwestungarischen Komitatshauptstadt Győr entfernt, verkehrsgünstig an der Landesstraße 81 Richtung Székesfehérvár. Die 30 Meter breite und 1450 Meter lange asphaltierte Start- und Landebahn ist für Turboprop-Maschinen mit bis zu 70 Plätzen geeignet. Als Flugplatz mit kommerzieller Zulassung bietet Pér Zoll- und Grenzabfertigung sowie alle gängigen Dienstleistungen wie Frachtabfertigung und Shuttleservice an. Gegenwärtig wird der Flugplatz hauptsächlich von der deutschen Chartergesellschaft Private Wings angefliegen. Vor allem Mitarbeiter aus der Führungsetage von Audi-Ingolstadt und Audi-Győr nutzen dieses Beförderungsmittel. "Ich wünsche mir, dass wir von Pér aus weitere Regionalflüge starten können", so Uwe Schulz, Manager bei Private Wings. "In der Zeit zwischen der Landung in Pér am Morgen und dem neuerlichen Start in Richtung Manching am frühen Abend könnten wir ohne weiteres auch Wien, Bratislava und Budapest anfliegen." Außerdem könnten zusätzliche Charterflüge an Wochenenden abgewickelt werden. Auch eine ungarische Charter-Airline möchte von Pér aus Regionalflüge anbieten. Die Budapest Aircraft Service (BAS), nach der staatlichen Fluggesellschaft Malév Ungarns zweitgrößte Airline, ist als Ambulanz-Flugservice bekannt und flog bislang hauptsächlich im Ferien-Charterverkehr verschiedene kroatische Inseln an. Weiters steht eine dritte, holländische Fluggesellschaft noch in Verhandlungen mit den Flughafenbetreibern. Ähnlich dem Flugplatz Sármellék am Plattensee, der jährlich 21.000 Gäste der Thermalbäder von Zalakaros und Hévíz empfängt, soll Győr -Pér Kurgäste empfangen, die die Thermalbäder der Region nutzen wollen. Das neu eröffnete Heil- und Thermalbad von Győr spielt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle. Wenn es im kommenden Jahr erweitert wird und auch medizinische Anwendungen anbietet, wird Győr im Bereich Gesundheits- und Wellnesstourismus erste Adresse der Region sein. Geschäftsführer Vadász stellte die Pläne für ein neues Flughafenterminal mit Tower vor, für dessen Bau jedoch die Finanzierung noch nicht steht. Zur Verwirklichung des ehrgeizigen Projekts hofft die Betreibergesellschaft auf EU-Fördermittel, die Kosten betragen eine halbe Milliarde Forint. Geplanter Baubeginn ist 2004. Infos: www.gyor-perairport.

Quelle: Budapester Zeitung – November 03

Umwelt

Österreich

Energiebericht 2002

Nutzung erneuerbarer Energie in NÖ nicht nur Schlagwort

St. Pölten (NLK) - Kürzlich veröffentlichte die Geschäftsstelle für Energiewirtschaft beim Amt der NÖ Landesregierung den "Energiebericht 2002". Laut diesem stand in diesem Jahr im Bundesland Niederösterreich die verstärkte Nutzung von erneuerbaren Energien klar im Vordergrund. "Der Energiebericht 2002 zeigt, dass erneuerbare Energie in Niederösterreich kein Schlagwort ist, sondern konsequent und dynamisch verwirklicht wird", meinte dazu der zuständige Landesrat Dipl.-Ing. Josef Plank.

So wurden 2002 auf der Basis von Studien, die von der NÖ Landesakademie durchgeführt wurden, beispielsweise neue Rahmenbedingungen für den Ausbau von Biogas geschaffen. 2002 waren in Niederösterreich Biogasanlagen mit einer Leistung von 866 Kilowatt (kW) in Betrieb. Auf Grund der neuen NÖ Biogasanlagenförderung, die am 1. Juli 2003 in Kraft getreten ist, wird mit einem starken Zuwachs an Biogasanlagen auch in Zukunft gerechnet.

Auch Kleinwasserkraftwerke wurden verstärkt in die Überlegungen einbezogen. Am 1. Juli 2003 trat in diesem Zusammenhang die NÖ Kleinwasserkraft-Förderung in Kraft, mit der ein zusätzlicher Marktpuls für Ökostrom geschaffen werden soll. Neben 59 EVN-eigenen Kleinwasserkraftwerken stehen derzeit noch 275 Anlagen anderer Betreiber im Einsatz.

Überdurchschnittlich starke Zuwächse gab es 2002 bei der Biomasse (Brennholz, Hackschnitzel- und Pelletsheizungen, Stroh): 26 Biomasse-Fern- und Nahwärmanlagen nahmen in diesem Jahr ihren Betrieb auf. Von diesen wurden 3 Anlagen von Gewerbetrieben, 14 von Genossenschaften und 9 von einzelnen Land- und Forstwirten oder von Zusammenschlüssen von Land- und Forstwirten betrieben.

Durch den Einsatz von CO₂-neutraler Biomasse konnte eine effektive CO₂-Reduktion von über 17.000 Tonnen jährlich erreicht werden. Insgesamt gab es in ganz Niederösterreich Ende 2002 186 Biomasse-Fernwärmanlagen. Der Ausbau biogener Energieträger ist durch den sogenannten Biomasse-Förderungsfonds auch in Zukunft sichergestellt. 2002 war dieser Fonds mit 5,8 Millionen Euro dotiert.

Quelle: OTS Mo, 12.Jän 2004

Die österreichischen Nationalparks waren auch 2003 auf Erfolgskurs

Heuriges Jahr steht im Zeichen der EU-Erweiterung

Wien (OTS) „Das Jahr 2003 brachte für die österreichischen Nationalparks in den weiteren Ausbau sowie wichtige Zukunftsinvestitionen. Mit dem neuen, 11.000 ha großen Nationalpark Gesäuse in der Obersteiermark und der Erweiterung des Nationalparks Oberösterreichische Kalkalpen um 2.400 ha gab es einen ‚quantitativen‘ Erfolg. Die nunmehr sechs Parks – Neusiedler See- Seewinkel, Donau-Auen, Thayatal, Gesäuse, Oö Kalkalpen und Hohe Tauern – haben sich im vergangenen Jahr zudem auch qualitativ absolut positiv entwickelt.“ Das erklärte heute, Montag, Umweltminister Josef Pröll anlässlich der Bilanz-Presskonferenz der Österreichischen Nationalparks in Wien. So sei in allen Parks massiv in den Ausbau der Infrastruktur für Besucher investiert worden – zahlreiche Info-Zentren wurden errichtet, Ausstellungen, Themenwege etc. eröffnet – und durch neue Programmangebote sowie die zusätzliche Ausbildung der Mitarbeitern für den Exkursionsbetrieb die Attraktivität der Nationalparks weiter gestärkt worden.

Auch puncto Arbeitsplätze gibt es Erfreuliches zu berichten: 40 neue Mitarbeiter traten ihren Dienst in den Nationalparkverwaltungen an.

Als Aktivitäten sind für 2004 geplant:

- Im Frühjahr startet eine Österreichweite Informationskampagne, bei der die „Nationalparks Austria“ jede Landeshauptstadt für jeweils 2 Tage besuchen.
- Im September findet im Nationalpark Donau-Auen für Jugendliche aus ganz Europa das „International Junior Ranger Camp“ statt.
- Eine Forschungsinitiative des Lebensministeriums wird Ende 2004 präsentiert: Es werden 50 Preise zu je € 1000,- an DiplomandInnen für innovative Arbeiten im Nationalparkthemenbereich vergeben.
- In 3 Nationalparks beginnen neue Ausbildungslehrgänge für Besucherbetreuer.
- Am Nationalfeiertag, dem 26. Oktober, findet wiederum der „Nationalparkwandertag“ mit geführten Touren in den Nationalparks statt.
- Die erfolgreichen Artenschutzprojekte für Hundsfluss, Großtrappe, Bartgeier, Europäische Sumpfschildkröte, Steinadler und Seeadler werden fortgeführt.

Quelle: OTS Mo, 12.Jän 2004

Umweltfreundliche Abfalltransportlogistik der NÖ Abfallverbände und der BAWU

Umweltminister DI Josef Pröll und sein ungarischer Amtskollege Dr. Miklos Persanyi informieren sich über die umweltfreundliche Abfalltransportlogistik der NÖ Abfallverbände und der BAWU

Wien (OTS) - Dir. Alfred Weidlich (Aufsichtsratsvorsitzender der BAWU), Bgm. Dir. Franz Hölzl (Stadt Krems) und Bgm. Walter Harauer (Obmann des Abfallverbandes Krems/Land) führten den hochrangigen Besuch durch die Müllumladestation Krems und informierten über die Abfalltransportlogistik der NÖ Abfallverbände und der BAWU.

Seit 1. Jänner 2004 dürfen auf Grund der neuen Deponieverordnung keine unbehandelten Abfälle mehr auf Deponien abgelagert werden. Durch den Entschluss zur Müllverbrennung sorgen die BAWU und ihre Gesellschafter (21 NÖ Abfallverbände) für eine altlastenfreie Zukunft. Jährlich werden 180.000 Tonnen Rest- und Sperrmüll einer umweltfreundlichen Behandlung zugeführt. Die thermische Verwertung des Abfalls erfolgt in der Müllverbrennungsanlage der AVN in Zwentendorf/Dürnrohr, die die EU-weite Ausschreibung gewonnen hat.

Der Transport der Müllmengen wird von der BAWU organisiert und aus ökologischen Gründen mit der Bahn durchgeführt. Hierzu war die Errichtung von insgesamt 10 Umladestationen in Niederösterreich notwendig. In diesen wird der Müll in Spezialcontainer – die "BAWU-Boxen" - verpresst und auf die Bahn verladen. Dieses europaweit vorbildliche Transportsystem spart 12.000 LKW-Fahrten jährlich!

Umweltminister DI Josef Pröll und sein Ungarischer Amtskollege Dr. Miklos Persanyi waren vom Gesehenen begeistert: "Es freut mich, dass in Niederösterreich die Deponieverordnung zeitgerecht und umweltschonend umgesetzt wird. Niederösterreich hat somit eine Vorbildwirkung für die anderen Bundesländer", so Minister Pröll.

Basierend auf umfangreichen wissenschaftlichen Untersuchungen wurde von der BAWU ein zukunftsweisendes, intelligentes Transport- und Logistikkonzept aufgebaut. Es ist europaweit einzigartig und besticht sowohl aus ökologischer als auch ökonomischer Sicht. Die von den regionalen Abfallverbänden errichteten zehn Müllumladestationen sind mit einheitlichen Müllpressen ausgestattet, mit denen bis zu 13 Tonnen Abfall in die Spezial-Presscontainer, die "BAWU-Boxen", gepresst werden - um bis zu 60 % mehr als bei loser Verladung.

In umfangreichen Tests haben die "BAWU-Boxen" aus technischer sowie wirtschaftlicher Sicht überzeugt. Aufgrund ihrer geringen Reparaturanfälligkeit und dem erreichbaren Transportgewicht, bringen diese Container eine enorme Kostenersparnis in Anschaffung und Betrieb.

Quelle: OTS Mo, 12.Jän 2004

Slowakei

Zwölf Prozent werden Schutzgebiet

Die slowakischen Minister für Umweltschutz, Wirtschaft, Finanzen und Landwirtschaft haben sich auf die Naturschutzgebiete geeinigt, die zur Natura 2000 eingeordnet werden. Zur Natura 2000, einem zusammenhängenden ökologischen Netz von Schutzgebieten in Europa, werden 384 Gebiete, davon insgesamt 12 % des Gesamtgebietes der Slowakei gehören.

Quelle: SlovakRadio Online; 23.02.04

EU-Projekt soll Slowaken über Gefahr von Atomkraftwerken aufklären

Nahezu alle Wiener sind gegen Atomkraftwerke, in Bratislava sind es aber nur 38 Prozent der Bevölkerung. Ein gemeinsames EU-Projekt soll die Slowaken über die Gefahren von Atomkraft informieren, denn laut einer Umfrage sprechen sich mehr als die Hälfte der Slowaken dezidiert gegen einen Ausstieg aus der Atomkraft aus. Angst vor Atomkraft hat gar nur jeder Dritte. Laut Daniel Szabo, von der Organisation für Umweltmonitoring in Bratislava, liegt das an der Übermacht der Atomlobby. Kein Politiker und kein Medium würde sich in der Slowakei trauen, gegen die Lobby aufzutreten, so Szabo. Bei Kritik von Außen müsse man sehr vorsichtig vorgehen, sagt Wiens Umweltanwältin Andrea Schnattinger. Mit einem gemeinsamen Projekt sollen Informationskampagnen in der Slowakei für mehr Umweltbewusstsein sorgen. Ein wesentliches Projekt ist auch das intensive Miteinander von Schülern aus Wien und Bratislava. Je zwei Partnerklassen werden Ideen entwickeln, die dann im Sommersemester 2004 umgesetzt werden sollen.

Quelle: ORF Wien – 19.02.04

In Skalité entsteht das zweite Windkraftwerk

SKALITÉ – Etwa 3 200 MWh ökologischen Strom werden die 4 Turbinen des Windkraftwerkes in Skalité jährlich produzieren, das Ende letzten Jahres die Green Energy Slovakia erbaut hat. Nach Cerová in Záhorie ist der Windpark Skalité das zweite Windkraftwerk in der Slowakei. Laut Tomáš Lacko von Green Energy Slovakia wird der Strom den Bedarf von 1200 Haushalte decken. Der Betrieb der Windturbinen spart 3000 t CO₂ jährlich. Die Stromerzeugung ist voll automatisiert und wird aus der Zentrale per Computer überwacht. Die Investition wird bei jetzigen Energiepreisen erst nach 20 Jahren amortisiert haben.

Quelle: www.sme.sk, 13.1.2004

Geringe Nutzung von Biomasse in der Slowakei

Obwohl Biomasse zu den positivsten erneubaren Energiequellen zählt, wird sie in der Slowakei noch nicht ausreichend genützt. Mit dem Ziel, den Anteil der Biomasse zu erhöhen, startete der slowakische Verein „Biomasa“ ein viel versprechendes Projekt. Rund 50 öffentliche Einrichtungen (Schulen, Krankenhäuser, Bibliotheken) sollen durch Holzpelleten beheizt werden. Das Projekt, dessen Laufzeit vorerst 4 Jahre beträgt, wird mit einem Budget von 6 Millionen EURO finanziert. Eine Million stammt aus dem UNO-Förderungsfonds, der Rest setzt sich aus Beiträgen des Umweltministeriums, der betreffenden Städte und Gemeinden, sowie von Sponsoren zusammen. Das Projekt startet 2004 in den Regionen Zilina und Trencin, in denen rund 2000 Holzverarbeitungsunternehmen tätig sind. Der Nonprofit-Verein „Biomasa“ errichtete in Zilina in Zusammenarbeit mit Italien auch eine regionale Agentur für Energiemanagement, die landesweit als Beratungsstelle dienen soll. Die slowakische Regierung verpflichtete sich bis zum Jahre 2010 den Emissionsausstoß um 8 % zu reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Nutzung von Biomasse als Energiequelle viel intensiver gefördert werden. Denn im Vergleich mit den europäischen Ländern, wie etwa Finnland, wo die Bioenergie bis zu 25 Prozent des gesamten Energieverbrauchs darstellt, sind die 1,5 Prozent in der Slowakei als zu gering einzustufen.

Quelle: Slovak Radio – Jänner 04

Ungarn

Möglichkeiten für biologische Landwirtschaft in Ungarn

Im Rahmen eines Forums über Biolandwirtschaft in der Stadt Kőbánya wiesen die Teilnehmer einstimmig darauf hin, dass sich Ungarn zu einer „Großmacht“ auf dem Gebiet des biologischen Anbaus entwickeln könnte. Landwirtschaft ohne Chemie könnte das wirtschaftliche Überleben vieler Betriebe sichern, den Vermarktungsmöglichkeiten seien heutzutage kaum Grenzen mehr gesetzt. Besonders die geographische Lage prädestiniere Ungarn für diese Rolle: waren früher 85 Prozent des Landes mit Wäldern bedeckt, sind es heute nur mehr 19 Prozent. Der frühere intensive Anbau in diesen Gebieten war sehr aufwendig und brachte nicht die gewünschten Erträge. Hier wäre eine Rückkehr zu natürlichen Anbaumethoden zu empfehlen. Zudem stehen 10 Prozent des Landes, etwa 900.000 m², unter Naturschutz. Davon gehören 2/3 dem Staat, der Rest wird von den jeweiligen Nationalparks verwaltet. Diese riesigen Gebiete, in denen zum Teil noch nie Pestizide und Herbizide eingesetzt wurden, würden sich bestens für die ökologische Landwirtschaft eignen. Der ungarische Markt für biologische Lebensmittel ist noch relativ klein, wächst aber jährlich um 25-30 Prozent. Derzeit wird auf etwa 130.000 Quadratkilometern Bioanbau betrieben, 80-90 Prozent der Produkte wird ins Ausland exportiert. Der EU-Beitritt Ungarns wird die Marktöffnung beschleunigen, zudem werden sich dadurch auch die Förderungsmöglichkeiten vervielfachen.

Quelle: Népszabadság – November 03

Ungarisch-slowakisches Umweltschutzportal

Unter dem Motto „Naturschutz kennt keine Grenzen“ wurde im Rahmen einer Pressekonferenz ein gemeinsames ungarisch-slowakisches Internetportal vorgestellt. Unter der Adresse www.envinfolink.com können sich Interessierte in vier Sprachen (Ungarisch, Slowakisch, Deutsch, Englisch) unter anderem über Umwelt- und Naturschutz, sowie Fremdenverkehr informieren. Das über der Homepage abrufbare Kartensystem gibt Auskünfte über die in der Datenbank registrierten Gemeinden auf Katasterebene.

Quelle: Új Szó – Dezember 03

Wirtschaft

Österreich

EU-Erweiterung: Einkaufstourismus bei Medikamenten befürchtet

Ohne eine Senkung der Mehrwertsteuer auf 10 Prozent droht bei Arzneimitteln ein massiver Abfluss der Kaufkraft.
Wien (OTS) - "Wenn nicht sofort gegengesteuert wird, schadet das den österreichischen Pharma-Unternehmen und der österreichischen Wirtschaft", warnt Erhard P. Geisler, Geschäftsführer der Pharmig, Vereinigung pharmazeutischer Unternehmen. Konkret kritisiert er die seiner Ansicht nach viel zu hohe Mehrwertsteuer auf Arzneimittel von derzeit 20 Prozent. "Innerhalb der EU liegen wir damit jetzt schon an der Spitze, nur Dänemark rangiert noch vor Österreich - mit einer Mehrwertsteuer auf Medikamente von 25 Prozent."

Eine Studie der EFPIA (The European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations) beweist: In Spanien beträgt die Mehrwertsteuer auf Medikamente nur 4 Prozent, in Portugal 5, in Frankreich 2,1 - 5 Prozent. In den Niederlanden werden Arzneien mit 6 Prozent besteuert, in Finnland und Griechenland mit jeweils 8 und in Italien mit 10 Prozent. Pharmig-Chef Geisler: "Es ist nicht einzusehen, dass auf lebenswichtige Güter wie Medikamente fast überall in Europa ein begünstigter Steuersatz eingehoben wird – nur nicht in Österreich. Luxusgüter wie geräucherte Austern hingegen werden bei uns mit 10 Prozent besteuert. Ich fordere den Finanzminister umgehend auf, diese Schieflage zu korrigieren."

Quelle: OTS Fr, 06.Feb 2004

Marke "Waldviertel" entwickelt sich gut

EU-Plattform setzt auf Gemeinsamkeit

St. Pölten (NLK) - Die Marke "Waldviertel", die EU-Plattform aller Mandatare der Region, entwickelt sich gut: "Erstmals in der Geschichte arbeiten alle Verantwortlichen aus Wirtschaft, Landwirtschaft, Kultur, Tourismus und den Kleinregionen zusammen, um gemeinsam die Dachmarke Waldviertel zu etablieren", konnten die Vorsitzenden der Plattform, Dr. Günter Stummvoll und Rudolf Parnigoni, Bilanz ziehen. Ihr Credo: Nur gemeinsam könne man die EU-Erweiterung bewältigen und die Lebensqualität steigern. Die Marke "Waldviertel" basiert auf den Entwicklungskonzepten der Kleinregionen. Vom Waldviertel Management und der Destination Waldviertel werden zahlreiche Workshops und Erhebungen durchgeführt, um Markenbotschaften für die Region zu entwickeln. Die Dachmarke soll im Sommer vorgestellt werden.

Quelle: OTS Do, 05.Feb 2004

Wiener Städtische expandiert weiter in Osteuropa

Alleineigentum an slowakischer Kontinuita erworben

Wien (OTS) - Die börsennotierte Wiener Städtische Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft verstärkt ihr Engagement in der Slowakei. An der mehrheitlich im Besitz der Wiener Städtischen stehenden Kontinuita poisťovna, a.s. erwarb das österreichische Versicherungsunternehmen nun das Alleineigentum.

Mit Wirkung 4. Februar 2004 hält die Wiener Städtische 100 Prozent an der Kontinuita. Im Vorjahr beteiligte sich die Wiener Städtische an der Kontinuita mit 80 Prozent. Die restlichen 20 Prozent wurden nun von der slowakischen 1. Garantovana, a.s. erworben. Die Wiener Städtische ist die führende österreichische Versicherungsgruppe in Zentral- und Osteuropa. 15.000 MitarbeiterInnen betreuen rund 11 Mio. KundInnen mit 14 Mio. Verträgen in 13 Ländern Zentral- und Osteuropas in rd. 1000 Filialen. Im Jahr 2003 konnte die Gruppe ihr vorläufiges Prämienvolumen um 10,7 Prozent auf 3.836,90 Mio. Euro erhöhen.

Quelle: OTS Do, 05.Feb 2004

Zwei Jahre Automotiv Cluster Vienna Region

Gabmann: Europäisches Detroit im Entstehen

St. Pölten (NLK) - Der Automotiv Cluster Vienna Region (ACVR), eine gemeinsame Initiative von Wien und Niederösterreich, ist ausgesprochen erfolgreich: "Der ACVR ist der am schnellsten wachsende Auto-Cluster Österreichs und hat nach zwei Jahren bereits 100 Partnerfirmen, wie beispielsweise Siemens Österreich, Eybl International oder Hirtenberger", konnten Landesrat Ernest Gabmann und Wiens Vizebürgermeister Dr. Sepp Rieder heute in Wien Bilanz ziehen.

Die Automobilindustrie ist für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Vienna Region von großer Bedeutung. 150 Unternehmen mit 50.000 Beschäftigten erwirtschaften pro Jahr mehr als 7 Milliarden Euro Umsatz. Das entspricht rund 40 Prozent des automotiven Gesamtumsatzes in Österreich. Ziel des ACVR ist es, die österreichischen Firmen bei ihren Aktivitäten auf dem internationalen Markt zu unterstützen.

"Die EU-Erweiterung und die damit verbundene Dynamik in den Beitrittsländern machen diesen neu entstehenden Wirtschaftsraum zu den Gewinnern in dieser Branche. So ist ein ‚europäisches Detroit‘ im Entstehen", erläuterte Gabmann.

Quelle: OTS Do, 15.Jän 2004

Investitionen in Osteuropa: Bilanz -und Bewertungsrisiken

Wien (OTS) - Die Erweiterung der EU um zahlreiche zentraleuropäische Länder des ehemaligen Ostblocks birgt für viele westeuropäische Unternehmen die Chance neben den teils gesättigten westeuropäischen Märkten neue Märkte über Firmenübernahmen in Osteuropa zu erschließen. Darüber hinaus locken die attraktiven Unternehmenssteuersätze in diesen Ländern.

Die Bilanz/Bewertungsrisiken, die mit dem Erwerb von Unternehmen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks einhergehen, werden von den Entscheidungsträgern oft unterschätzt:

Bilanzrisiken / Bewertungsrisiken

Wer glaubt, dass osteuropäische Bilanzen westeuropäischen Grundsätzen der "Ordnungsmäßigkeit", geschweige denn den Standards der International Accounting Standards (IAS) oder den Generally Accepted Accounting Principles (GAAP) entsprechen, irrt.

Wir konnten in den mehr als 10 Unternehmenstransaktionen, die wir bis dato in den Ländern Polen, Ungarn, Tschechien, Rumänien, Bulgarien, Lithauen und Russland im Rahmen der Corporate Finance oder der Unternehmensreorganisation betreut haben, u.a. folgende besorgniserregende Phänomene, fast flächendeckend, feststellen:

1) Mehr als 95% der von uns untersuchten Unternehmen bilanzieren nicht nach den Grundsätzen von IAS oder GAAP.

2) Mehr als 80% der untersuchten Unternehmen wurden lediglich von kleinen lokalen Wirtschaftsprüfern auditiert und nicht von den "Big Three".

3) Umweltrisiken wie z.B. Kontaminationen von Grundstücken sind überwiegend nicht oder wenn doch nur unzureichend bilanziell "rückgestellt".

4) Oft sind in der Bilanz ausgewiesene Aktiva in der Realität nicht vorhanden oder nicht in der ausgewiesenen Höhe vorhanden. In einem uns bekannten Fall wurden sogar Lagerbestände in der Höhe von 3 Mio. EUR als Aktiva ausgewiesen, allerdings nicht die Wechselverbindlichkeiten die darauf entfallen sind.

5) Die in der Bilanz ausgewiesenen Aktiva wie Lagerbestände, Außenstandsforderungen und der Maschinenpark entsprechen nicht den Grundsätzen des "net realizable value", soll heißen diese müssen deutlich wertberichtigt werden.

6) Verpfändungen von Aktiva werden nicht oder nur vollkommen unzureichend in der Bilanz ausgewiesen.

7) Zu erwartende Aufwendungen für Reorganisationsschritte und Bonusvereinbarungen mit den Managementteams wurden überwiegend nicht budgetiert.

8) Selbst den Umsatzzahlen kann man oft nicht trauen, da diese teilweise mit verbundenen Unternehmen erwirtschaftet werden, oder noch drastischer reine "Scheingeschäfte" darstellen.

Diese oben exemplarisch angeführten und von uns festgestellten Phänomene stellen nur einen kleinen Auszug der vorkommenden

Problemstellungen dar und sind deshalb nicht als umfassend anzusehen.

In die Erarbeitung der "Länderbearbeitungsstrategien" sind qualifizierte Berater einzubinden, um sicherzustellen, dass die Markterschließung in den Reformländern zu einer Erhöhung des Unternehmenswertes beiträgt. Daneben sind qualifizierte Teams für die Prüfprozesse / Due-Diligence Prozesse einzusetzen, um die Bilanzrisiken / Bewertungsrisiken im "Zaum" zu halten.

Quelle: OTS Di, 20.Jän 2004

Bartenstein in Slowenien: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit intensivieren

Österreich mit Abstand wichtigster Investor in Slowenien

Wien (BMWA/OTS) - Im Rahmen eines offiziellen Arbeitsbesuches in Slowenien trifft Wirtschafts- und Arbeitsminister Dr. Martin Bartenstein heute mit Wirtschaftsministerin Dr. Tea Petrin, Arbeits-, Familien- und Sozialminister Dr. Vlado Dimovski, mit dem Europaminister und künftigen EU-Kommissär Dr. Janez Potocnik und dem Bürgermeister der Stadt Maribor, DI Boris Sovic zu bilateralen Gesprächen zusammen. Zentrale Themen sind die Entwicklung der aktuellen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage und die Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Weitere Besprechungspunkte sind das in den EU-Beitrittsverhandlungen vereinbarte Übergangsarrangement für den freien Personenverkehr, Möglichkeiten zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der wirtschaftlichen Kooperation auf dem Westbalkan.

Ein wesentlicher Grund für die anhaltenden österreichischen Exportzunahmen nach Slowenien liegt daran, dass Österreich mit einem Investitionsvolumen von 1,2 Milliarden Euro per 31.12.2002 der mit Abstand wichtigste Investor in Slowenien ist. Das Interesse österreichischer Unternehmen hat im Vorfeld des slowenischen EU-Beitritts weiter zugenommen. Die räumliche Nähe ist dabei vor allem für Klein- und Mittelbetriebe ein positiver und wichtiger Faktor. An den rund 400 namentlich erfassten Direktinvestitionen in Slowenien sind in 120 Fällen steirische Firmen beteiligt. Laut den Daten der Österreichischen Nationalbank haben österreichische Unternehmen im ersten Halbjahr 2003 119 Millionen Euro in Slowenien investiert. Damit hat Österreich mit einem Anteil von rund 32 % an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen, den ersten Platz in der Investorenrangliste vor der Schweiz (11,5 %) und Deutschland (10,7 %).

Quelle: OTS Fr, 30.Jän 2004

Slowakei

Arcelor kommt nach Záhorie

BRATISLAVA – Der Europäische Marktführer im Bereich der Stahlverarbeitung, der französische Arcelor, beginnt im Sommer dieses Jahres mit dem Bau eines neuen Betriebes in Záhorie. Die Investition soll einen Umfang von 15 Mio. Euro haben. Das Projekt wird direkt im Betrieb Arbeit für 100 Menschen bereitstellen und indirekt finden weitere 200 Menschen eine neue Beschäftigung. Der Betrieb wird in der Nähe von Veľké Leváre angesiedelt. Es handelt sich um den ersten bedeutungsvollen Investor in dem neuerbauten Industriepark Eurovalley. Der neue Betrieb sollte in März nächsten Jahres mit der Produktion anfangen.

Quelle: www.sme.sk; 14.02.04

Slowakei bald fünftgrößter Autoproduzent der Welt

Der unterschätzteste EU-Neuling entpuppte sich in den vergangenen Jahren als veritable Boom-Region: VW, Audi, Opel, Suzuki, Peugeot, Citroën und Rover wollen die niedrigen Steuern und die gute Infrastruktur nützen. Während der heimische Volksmund - und seine gesund empfindenden Anstifter in Medien und Politik - die Slowakei zum Beispiel immer noch mit der unerlaubten Inbetriebnahme westlicher Automobile assoziiert, hat sich das mitteleuropäische 5,3-Millionen-Einwohnerland zu einem der großen Autoexporteure Europas gemausert. Österreich Zulieferer stehen bereits so sehr Schlange, dass die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland sich flugs zum "Automotive Cluster Vienna Region" formierten, der am slowakischen Kuchen mitnaschen will. Niederösterreichs Wirtschaftslandesrat Ernest Gabmann und sein Kollege aus Wien, Sepp Rieder, sprechen gar schon zuversichtlich von einem "europäischen Detroit". So weit ist es zwar nicht, aber aus europäischer - also grenzenloser - Sicht wird der Abstand zu den Amerikanern freilich geringer. Immerhin produziert Audi im nahen Győr, Suzuki in Esztergom, Opel im westungarischen Szentgotthard, und Rover hat in Kosice angeklopft.

Quelle: DerStandard - 02.02.2004

Samsung bereitet in Galanta Fernsehproduktion vor

Samsung Electronics Slovakia in Galanta wird im Laufe des nächsten halben Jahres eine neue Produktionshalle für Fernsehproduktion aufbauen. Der Produktionsstandort, der die Produktion aus dem spanischen Katalanien ersetzen soll, sollte in September starten. Es handelt sich dabei um die zweite Etappe der geplanten europäischen Basis von Samsung. Laut Bürgermeister von Galanta Alexander Mézeš sollten hier etwa 1000 Menschen Arbeit finden, wobei derzeit bereits 1.200 Menschen bei Samsung beschäftigt sind. Bis 2005 rechnet Samsung mit dem Beginn der Produktion weißer Elektronik, dies sollte die dritte Etappe darstellen. Bereits bei der Eröffnung von Samsung Electronics im Juli letzten Jahres sprach Jong Yan Yun über die günstige Lage der Slowakei für eine weitere Expansion auf den europäischen Markt. In Galanta und Umgebung betrug die Arbeitslosigkeit 2002 19 %, nach der Eröffnung des Betriebes ist sie auf 15 % gesunken. Nach der Erweiterung der Produktion könnte die Arbeitslosigkeit auf 7 - 8 % sinken.

Quelle: www.sme.sk, 16.01.04

Süßigkeiten kommen nach Bratislava

BRATISLAVA – Der größte Süßigkeitenhersteller aus Nordamerika, Kraft Foods, löst den Betrieb in Budapest auf und verlagert einen Teil seiner Produktion in die Slowakei, wo bereits seit einigen Jahren schon produziert wird. „Der Slowakische Betrieb übernimmt die Herstellung der ungarischer Süßigkeiten Piros und Sport," erklärte die Sprecherin der Kraft Foods Slowakei und Tschechien Barbora Sákrová. Die Kaffeeproduktion soll Wien übernehmen. Ungarn verliert somit ihre Nummer Eins in der Süßwarenproduktion sowie ihre Nummer Drei in der Kaffeeproduktion. „Der Betrieb wird wegen ineffektiver Produktion und keiner Entwicklungsmöglichkeit geschlossen," erklärt Kraft Foods Hungaria.

In Ungarn verlieren 320 Menschen Arbeit. Die gleiche Zahl an Arbeitsplätzen gewinnt Bratislava, wo neue Produktionslinien erstellt werden. „Die Beschäftigung im Betrieb sollte um 70 % steigen," sagt Sákrová. Die Slowakische Fabrik wurde unter weiteren 15 Betriebe aus Mittel- und Osteuropa ausgesucht. „Bratislava hat gewonnen, da sie nah an Budapest liegt und die gleichen Produktionsweisen verwenden, wobei sie aber effektiver sind. Außerdem bestehen in der Slowakei gute Exportmöglichkeiten," sagt Sákrová. Der Süßigkeitenhersteller aus Bratislava exportiert bereits jetzt 75 % seiner Produktion.

Quelle: www.sme.sk, 30. 01. 2004

Ungarn

Henkell&Söhnlein - erfolgreicher Schritt auf dem slowakischen Markt

Das deutsche Unternehmen Henkell&Söhnlein Sektkellerei Wiesbaden übernahm die Mehrheit des größten slowakischen Sektherstellers Hubert Sered. Das Unternehmen erhofft sich dadurch eine Positionsstärkung in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Hubert Sered gehört zu den ältesten und erfolgreichsten Unternehmen in der Slowakei, sein Marktanteil beträgt über 80 Prozent. Henkell&Söhnlein besitzt auch 90 Prozent der Aktien des tschechischen Marktführers Bohemia Sekt.

Quelle: Slovak Radio – Dezember 03

Gemeinsame Firmendatenbank Slowakei-Ungarn

Aus PHARE Mitteln konnte eine gemeinsame slowakisch-ungarische Firmendatenbank verwirklicht werden, die unter der Adresse www.open-biz.com abrufbar ist. Die Homepage beinhaltet die Daten von über 20.000 Firmen, die in Ungarn und in der Slowakei beheimatet sind.

Quelle: Új Szó – Dezember 03

Ungarn: Schutzmarke "Magor"

Fünf Monate vor dem EU-Beitritt Ungarns befürchten viele ungarische Kleinbetriebe die Übermacht ausländischer Firmen, die über große finanzielle Mittel für Werbung und Marketing verfügen. Aus diesem Grund wurde die Initiative "Magor" Leben gerufen. Sie soll das Kundenbewusstsein für ungarische Produkte stärken, sowie Kleinbetrieben und traditionellen ungarischen Produkten eine Plattform bieten. Produkte mit dem "Magor" Siegel sind frei von Zusatzstoffen und garantieren ungarische Herstellung und Qualität und. Derzeit sind in ausgewählten Geschäften und bei Handelsketten 140 Produkte erhältlich.

Quelle: Népszabadság – Dezember 03

Ungarn sind gute Kunden im Burgenland

Nach Angaben der burgenländischen Wirtschaftskammer verlief auch das Weihnachtsgeschäft 03 in den Grenzregionen dank unserer östlichen Nachbarn wieder positiv. Rund zehn Prozent der zirka 35 Millionen Christkindl-Euro kamen von den ungarischen Nachbarn. Aber das ist nur ein Teil der positiven Handelsbilanz. Mit 40 Millionen Euro geben Ungarn im Burgenland jährlich doppelt so viel aus als umgekehrt. Zum Teil aus einem schlichten Grund: Im Burgenland sind viele Waren deutlich billiger. Sopron, vor und knapp nach der Wende ein Einkaufsparadies für Sparmeister, ist zum Herkunftsort für Käufer geworden. Die städtische Wirtschaft hat sich zur Gänze auf Dienstleistungen umgestellt: Zahnärzte, Fußpfleger, Kosmetikstudios. Die Einkaufshäuser stehen auf burgenländischer Seite. Besonders Oberpullendorf und Oberwart profitieren davon, denn in fast jedem Geschäft spricht man Ungarisch, nicht selten ist der Unternehmer selbst ein Burgenland-Ungar. Gefragt sind hauptsächlich hochwertige Unterhaltungselektronik, Uhren und Schmuck, aber auch Sportartikel, denn In Ungarn gibt es kaum Ski, obwohl immer mehr Ungarn dieser Sportart frönen.

Quelle: (DerStandard – Dezember 03)

Steuererleichterung von fünf Milliarden Forint für Foxconn

Die Regierung hat der Foxconn Kft. in Komárom eine Steuererleichterung von 50 Prozent versprochen. Laut Vereinbarungen soll der Hersteller von Mobiltelefonen im Gegenzug eine Investition in Höhe von 10,7 Mrd. Forint garantieren. Von der Summe soll eine Fabrik errichtet werden, in der Foxconn 1600 Arbeiter beschäftigen will. Das Unternehmen wird innerhalb der nächsten fünf Jahre Steuern in Höhe von 5,37 Mrd. Forint sparen. Die Konstruktion einer neuen Fabrik, welche in der Nähe von Nokia entstehen soll, wurde bereits im letzten Sommer angekündigt.

Quelle: Budapesti Zeitung – 6. Dezember 03

Regionalentwicklung

Österreich

25 neue Regionalisierungsprojekte

Landesregierung genehmigte rund 6,1 Millionen Euro Förderungen

St. Pölten (NLK) - Auf Initiative von Landesrat Ernest Gabmann hat die NÖ Landesregierung bei ihrer heutigen Sitzung 25 neue Regionalisierungsprojekte beschlossen und dafür insgesamt 6.128.833,60 Euro Regional- und EU-Förderungen bewilligt

Quelle: OTS Mi, 11.Feb 2004

Zusammenarbeit mit östlichen Nachbarn

Neues Projekt "Willkommen Nachbar"

St. Pölten (NLK) - In nicht einmal mehr 100 Tagen entsteht in den Grenzregionen mit der EU-Erweiterung ein neuer Wirtschaftsraum, der für die heimische Wirtschaft neue Chancen bietet. "Im Waldviertel, im Weinviertel und an der Donau versucht man deshalb, an einem Strang zu ziehen", erklärte Mag. Ewald Bussek vom Grenzüberschreitenden Impulszentrum in Retz (GIZ Retz), der das Projekt "Willkommen Nachbar" vorstellte.

Mit diesem Projekt möchten zehn niederösterreichische Grenzimpulszentren in Gmünd, Weitra, Litschau, Dobersberg, Drosendorf, Retz, Laa an der Thaya, Hohenau, Marchegg und Bruck an der Leitha in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Niederösterreich und der Eco Plus erreichen, dass die Nachbarn aus den künftigen EU-Ländern, besonders aus Tschechien, aus der Slowakei und aus Ungarn, verstärkt auch als Gäste und Kunden gesehen werden. Insgesamt bekommen die zehn Impulszentren aus Mitteln der Eco Plus 80.000 Euro. Das Projekt wird vom Verein "Willkommen Nachbar" getragen.

Quelle: OTS Di, 03.Feb 2004

Beratung im Interkommunalen Zentrum Groß-Siegharts

Land unterstützt Projekt mit 566.900 Euro

St. Pölten (NLK) - Das Internationale Interkommunale Zentrum (IIZ) in Groß-Siegharts (Bezirk Waidhofen an der Thaya) startete am 1. November 2002 seine Tätigkeit. Seit damals bietet die Institution Beratungs- und Ausbildungsangebote für Gemeinden an. Speziell im Bereich der kommunalen Verwaltungen werden Wissenstransferaktivitäten durch grenzüberschreitende Job-Rotationsprogramme durchgeführt. Neben Exkursionen stellen auch jährliche Fachtagungen einen wichtigen Programmschwerpunkt dar. Dazu werden die Interaktionen zwischen Politikern, Projektbewerbern, Wirtschaftstreibenden und Fachleuten gefördert. Durch die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und der in der Region ansässigen Unternehmen sollen strategische Partnerschaften aufgebaut werden. Ziel ist es, durch das Knüpfen von Kontakten und die Vermittlung von Wissen ein schlüssiges Konzept für die Grenzregion zu entwickeln. Diese Serviceeinrichtung soll mithelfen, die Chancen der EU-Erweiterung zu nutzen. Insgesamt ist das Vorhaben mit 941.000 Euro veranschlagt. Das Land Niederösterreich unterstützt das EURO FIT-Projekt mit 566.900 Euro aus der Regionalförderung. Zusätzlich wurden noch EU-Fördermittel aus dem EFRE-Fonds in der Höhe von 280.000 Euro vergeben.

Quelle: OTS Di, 13.Jän 2004

Niederösterreich ist auf dem Weg nach Europa

Zusammenarbeit mit Nachbarn wird auch vom Land NÖ mit 500.000 Euro gefördert

St. Pölten (SPI) - Unter dem Projekttitel "Building a European Region" arbeiten die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland mit den benachbarten Regionen und Städten in Tschechien, der Slowakei und Ungarn zusammen. Bereits im Jahr 2002 wurden transnationale Workshops abgehalten. Ziel des Projekts ist es, eine wettbewerbsfähige Region im Erweiterungsraum der Europäischen Region zu schaffen. "Die Erweiterung der Europäischen Region bietet für Niederösterreich enorme Chancen. Unser Bundesland rückt vom Rand der EU in ihr Herz - die gute Nachbarschaft mit den angrenzenden Regionen ist daher das Um und Auf der Erweiterung für unser Land. Sowohl wirtschaftlich wie kulturell eröffnen sich für Niederösterreich hier völlig neue Perspektiven - allerdings nur dann, wenn wir uns auch entsprechend vorbereiten", so der Europasprecher der SPÖ NÖ, LAbg. Mag. Wolfgang Motz.

Aus Mitteln des Landes Niederösterreich wurden 500.000 Euro für das Projekt, die Gesamtkosten belaufen sich auf 1.580.000 Euro, bewilligt. Unter den mit dem Projekt beauftragten Stellen befindet sich unter vielen anderen auch die ECO Plus des Landes. Mit dem bis 2005 laufenden Projekt sollen Themen von gemeinsamen Interesse auf Basis der bisherigen Aktivitäten zur Positionierung der Europaregion im Rahmen eines erweiterten Europa identifiziert werden. Des Weiteren sollen konzeptive Grundlagen für eine politische und verwaltungstechnische Struktur der Europaregion erarbeitet werden. Auch die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, die die Europaregion ihren Bürgern nahe bringen soll, darf als Projektziel nicht fehlen.

Quelle: OTS Fr, 23.Jän 2004

Tourismus

Österreich

EU-Erweiterung: Die Chance nützen

Wien (OTS) - Der Countdown läuft - noch 96 Tage bis die EU um zehn neue Mitgliedsstaaten erweitert wird. Genau jenem Thema und im speziellen den Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Reiseverkehr Österreichs widmet sich ein hochkarätig besetztes Symposium der Österreich Werbung, das heute im Rahmen der 29. Austrian travel business (atb) am Wiener Messegelände über die Bühne ging.

Als revolutionäre Kraft bezeichnet ORF-Ostexperte Prof. Paul Lendvai den Tourismus. Er sieht in der EU-Erweiterung eine enorme Chance, da bei den Bewohnern der neuen EU-Mitgliedsstaaten ein ungeheurer Nachholbedarf an Reisen besteht. "Diese Chance könne aber nur genützt werden, wenn die im Tourismus Beschäftigten die Psychologie, Mentalität und Geschichte der neuen Gäste kennen", betont er.

Die Austrian Airlines Group ist seit 45 Jahren in Zentraleuropa aktiv. Die Unternehmens-Strategie nach der EU-Erweiterung umriss Dr. Josef E. Burger, Chief Commercial Officer: "30% unserer Destinationen entfallen derzeit auf Osteuropa. Auf 261 Flügen wöchentlich transferieren wir jährlich 3 Millionen Gäste von und nach Zentral- und Osteuropa. Von der EU-Erweiterung erwartet sich die Austrian Airlines Group mehr Wertschöpfung. Wir planen bis 2008 zusätzlich 60 wöchentliche Flüge in diesem Raum, womit wir das Gästeaufkommen um 50% steigern möchten".

Quelle: OTS Mo, 26.Jän 2004

Zweiländer-Ausstellung in den Stiften Geras und Nová Rise

"Reiselust & Kunstgenuss" das Thema

St. Pölten (NLK) - Es dürfe nicht nur der Euro sein, der in Zukunft die beiden Länder verbinde, verwies Prälat DDr. Joachim Angerer heute in Wien bei der Präsentation der Zweiländer-Ausstellung "Reiselust & Kunstgenuss" in den Stiften Geras und Nová Rise auf die jahrhundertealte Vernetzung der Orden und auf seine jahrzehntelangen persönlichen Beziehungen nach Tschechien. Es gelte, im Religiösen und Kulturellen das Gemeinsame über das Trennende zu stellen und die Grenzen im Kopf weiter abzubauen. Zudem sei es Nová Rise wert, entdeckt zu werden; außerdem brauche das Waldviertel Gäste aus dem Norden, die hier zumindest Station machen.

"Reiselust & Kunstgenuss" wird vom 2. Mai bis 31. Oktober in beiden Stiften von Montag bis Samstag zwischen 10 und 18 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen zwischen 12 und 18 Uhr geöffnet sein. Ein Kombiticket für die beiden, rund 50 Kilometer voneinander entfernten Ausstellungen kostet 7,30 Euro. Ein Rahmenprogramm umfasst Ausflüge, Busreise-Packages, Radrouten etc.

Quelle: OTS Mi, 28.Jän 2004

Tschechien

Reisen in den Süden werden einfacher sein

Der EU-Beitritt Tschechiens am 1. Mai wird keine Beseitigung der Kontrollen an den Grenzübergängen bedeuten. Auf dem Weg nach Österreich werden die Tschechen allerdings eine Vereinfachung spüren. Das österreichische Innenministerium bereitet ein Programm von gemeinsamen Grenzkontrollen mit den Partnerstaaten vor. Für die durchreisenden Touristen wird das bedeuten, dass sie nur einmal aufgehalten werden müssen. Neue Kontrollen werden jetzt gemeinsam mit den Grenzpolizisten der neuen Beitrittsländer geprüft, schrieb gestern die Presseagentur APA. *„Der Sinn dieses Systems ist es, die Kontrollen zu beschleunigen und gleichzeitig die Anforderungen auf den Schutz der Grenze einzuhalten,“* sagte der österreichische Innenminister Ernst Strasser. Außerdem sollten an den Grenzübergängen Dolní Dvořiště-Wullowitz in Südböhmen und Drasenhofen-Mikulov in Südmähren die Kontrollen nach „den Schengener Auflagen“ eingeführt werden. Die Bürger der EU-Länder werden schneller „als die anderen“ durchfahren können.

Quelle: 21. Jänner 2004, Listy Jindřichohradecka

Von unseren Nachbarn geschrieben.....

Ein neuer Doppelskilift wurde auf der österreichischen Seite des Hochfichts, auf dem Rehberg, eröffnet. Durch die Einrichtung wurde die Kapazität auf bis zu 2000 Personen pro Stunde verdoppelt. Die Investoren wollen ins das Areal noch 3,64 Mill. Euro investieren, mit diesem neuen Skilift wurde ungefähr die Hälfte der Pläne schon realisiert. Im Vorjahr sind hier 200.000 Leute Ski gefahren. Der Mitbesitzer und Leiter des österreichischen Skiverbandes Schröcksnadel sieht eine große Perspektive im künftigen Bau der Einrichtung in der Richtung Tschechien. „Wann es dazu kommt, ist aber noch nicht sicher,“ schreibt das Blatt OÖN.

Quelle: OÖN, 23.01.2004